

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924**

91 (19.3.1924) Morgenausgabe

# Karlsruher Tagblatt

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Anzeigenberechnung: für die neungespaltene Nonparelleszeile oder deren Raum 25 Goldpfennig, auswärts 30 Goldpfennig, Restameiseile 80 Goldpfennig, an erster Stelle 90 Goldpfennig. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12 Goldpfennig. Abatit nach Tarif. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 18, Verlag Nr. 21, Fernsprechleitung Nr. 20, Hauptschriftleiter Nr. 19, Postfachkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Frh. Ehrhard; für den wirtsch. badischen u. lokalen Teil: Heim. Gerhardt; für Feuilleton: H. Weid; für „Pyramide“: Karl Joho; für Inserate: S. Schröder, fam. in Karlsruhe. Druck u. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Jäger, Berlin-Lantow, Mozartstraße 37, Telefon: Zentrum 423. Für unerlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

### Flottenrüstungen und Rivalitäten.

Von Dr. Curt Heinrich.

Nach einer Meldung aus New York hat das amerikanische Marineamt beschlossen, von dem Kongress eine weitläufige Verstärkung der Kriegsflotte zu fordern. Über die Begründung für diesen in so trafen Widerspruch zu den offiziellen Washingtoner Abrüstungsplänen und Anregungen stehenden Schritt kann es keinen Zweifel geben. Die großen kombinierten Flottenmanöver, welche in diesem Januar stattgefunden haben und denen als leitender Gedanke ein feindlicher Angriff vom atlantischen Ozean her auf den Panamakanal zugrunde lag, haben nach dem Urteil aller Sachverständigen die Mangelhaftigkeit der Verteidigungsanlagen der Kanalzone ergeben. Da aber die unbedingte Sicherheit der Kanalverbindung zwischen der atlantischen und pazifischen Flotte Amerikas von einem vitalen Bedeutung für die Schicksale der gesamten Seefreimacht der Vereinigten Staaten ist, hat in den Augen der verantwortlichen Männer in Washington das Problem der nationalen Verteidigung in einem Zukunfts-krieg gegen eine stärkere oder ebenbürtige Seemacht eine neue Dringlichkeit erhalten. Und da in dem Leben der Völker nun einmal der Selbstverteidigungstrieb immer stärker ist als alle Programme und Verträge, hat man zunächst eine numerische Verstärkung der Flotte beschlossen, der eine Erweiterung der Befestigungen in der Kanalzone sicher folgen wird.

Nach um die gleiche Zeit hat der internationale Pazifismus einen recht harten Stoß durch die englischen Parlamentsdebatten über die Aufrüstungen erhalten. Die „Socialistische“ MacDonald-Regierung hat gesagt, daß auch bei ihr der nationale Selbstverteidigungstrieb durch eine grundsätzliche Friedenspolitik und Verbrüderungsbereitschaft nicht gelitten hat. Und nun das Risiko der theoretischen oder auch nur heuchlerischen Abrüstungsanträge noch augencheinlicher zu machen, ist zur selben Zeit auch der vom Völkerbund in Rom abgehaltene Kongress, der eine Limitierung der Flottenstärken, besonders der Mächte zweiten Ranges, durchsetzen sollte, geradezu flächtig gescheitert.

Ja, man kann sagen, daß in indirektem Zusammenhang mit dieser „Abrüstungs“-Konferenz die latent schon seit langem bestehenden Rivalitäten im Mittelmeer einen erneuten Charakter angenommen haben.

Das erste Anzeichen war die besonders in Italien wie eine Sensation wirkende beträchtliche Verstärkung der englischen Flottenbasis in Malta. Demals bereits fragten die liberalen „Daily News“ in einem sehr belagerten Artikel: „Soll das Mittelmeer zum Schauplatz einer neuen Rivalität der Seemächte werden?“

Die entscheidende Bedeutung sind natürlich die Motive für diese Maßnahme der englischen Admiralität, und diese wird man wohl in den seit einiger Zeit wahrnehmbaren Bestrebungen der eigentlichen Mittelmeerstaaten — also vor allem Frankreichs, Italiens, Spaniens —, sich von dem englischen Flottenimperialismus zu emanzipieren, erblicken müssen.

Das Mittelmeer, besonders das östliche, gehört eben nicht nur zu den Hochstraßen des britischen Weltverkehrs, sondern sichert auch die wichtigsten Handelsstraßen nach Indien durch den Suezkanal und über Land durch Mesopotamien.

Schon die erste Annäherung zwischen Italien und Spanien im vergangenen Herbst wurde in London mit gemischten Gefühlen betrachtet. Aber damals sahen sie in erster Linie doch gegen Frankreich gerichtet zu sein, was in gewissem Sinne eine Unterbindung der englischen Politik bedeuten konnte.

Anwachsen hat aber besonders Mussolini eine langsame Schwärzung vorangetrieben, die in dem immer betonten Streben nach möglicher Selbstständigkeit und imperialistischer Expansion in den dem Italienerum geopolitisch zufallenden Zonen sich allmählich immer mehr gegen England und doch gegen die englische Stellung im Mittelmeer richtet. Man muß die schwarzen Artikel jener aller führenden italienischen Blätter über den englischen „Vortbruch“ in den Fragen des Dodekanesos und des Jubalandes — die im Londoner Vertrag den Italienern als „Kriegskompensationen“ versprochen worden waren — gelesen haben, um den Grad der italienischen Verstimmung zu ermessen. So richtig die römische „Tribuna“: „Wenn England glaubt, von der Erfüllung des Artikels 18 des Londoner Vertrages betreffend die billyan Kompensationen an Italien für die etanen kolonialen Besitzungen infolge des gemeinsam geführten Krieges, sich drücken zu können, so geht das England allein an. Italien wird diese Verletzung verbuchen; es als einen Beweis der alten sogenannten traditionellen Freundschaft zwischen den beiden Ländern, mag England selbst beurteilen. Italien hat schließlich volles Vertrauen zu der Einsicht Mussolinis, der über unsere Rechte zu wachen und sie mit offenem Biss gegen Mißverständnisse und bösen Willen von Freunden wie von Feinden zu verteidigen wissen wird.“

Mussolini hat dem auch sofort nach dem Entstern der erwähnten römischen Konferenz erklärt, daß die italienische Flotte jetzt unter allen Umständen verstärkt werden müsse, und dabei die englische Konzentration in Malta als Hauptargument benütze. Auch Spanien hat sich bekanntlich sehr laut für neue Rüstungen ausgesprochen, um den Seegroßmächten nicht ganz wehrlos ausgeliefert zu sein. Namentlich drastisch hat das der spanische Admiral Narváez de Mazag ausgedrückt: „Es ist klar, daß wenn einmal Beschränkungen, die billigerweise un-

fassender für die Großen als für die Kleinen Mächte sein müssen. Wenn von zwei Personen, von denen der eine einen Mantel hat, der andere nur notdürftig bekleidet ist, der eine dem zweiten auch noch ein Stück wegnimmt, so heißt das eben, ihn bis auf ein Hemd ausziehen.“

## Ein Geheimabkommen Frankreichs mit der Tschecho-Slowakei.

### Die Eintreibung Deutschlands.

W. Berlin, 18. März. (Drahtber.) Das „B. Z.“ veröffentlicht verschiedene Dokumente über geheime Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei. Das wichtigste Aktenstück ist die am 25. Januar also gleichzeitig mit dem Abschluß des französisch-tschechischen Wirtschaft- und Bündnisvertrages in Paris von Poincaré und Beneš unterzeichnete Deklaration zu diesem Vertrage.

Artikel 1 dieser Deklaration lautet: Die Tschecho-Slowakei tritt bei einem Kriege mit Deutschland mit ihrer gesamten Kriegsmacht auf die Seite Frankreichs, und umgekehrt verpflichtet sich Frankreich bei einem Waffengang der Tschecho-Slowakei mit Deutschland, diesem den Krieg zu erklären.

Artikel 2 besagt, daß bei einem Kriege Polens mit Deutschland beide Vertragsparteien auf die Seite Polens treten. Nach Artikel 3 gibt Frankreich vor der Eröffnung von Feindseligkeiten zwischen der Tschecho-Slowakei und Ungarn die Unterstützung der Tschecho-Slowakei mit Kriegsmaterial zu erkennen. In Artikel 4 verlannt, daß beide Vertragsparteien bei einem Konflikt Polens mit Rußland neutral bleiben. Dagegen erfordert nach Artikel 9 die Unterstützung Rußlands durch Deutschland bei einem Kriege Rußlands gegen Polen die gemeinsame Kriegserklärung der Vertragsparteien gegen Deutschland.

Artikel 5 besagt, bei einem Wiederaufleben der Anschlußbewegung in der Bundesrepublik Oesterreich machen beide Vertragsparteien durch ihre Vertreter bei den Bundesbehörden in Wien auf die Folgen in Form einer Verletzung der Bundesrepublik durch die verbündeten Truppen aufmerksam.

Artikel 6 bestimmt, daß bei einer Wiederkehr der Dobsburger in Ungarn Frankreich zur sofortigen Entziehung der Kredite verpflichtet ist. Ueber den weiteren modus procedendi werden sich die Vertragsparteien einigmen.

Nach Art. 7 erfordert der Versuch einer Restauration der Hohenzollern in Deutschland oder in einem seiner Länder scharfsten Einmarsch ultimativen Charakters unter Androhung weiterer Sanktionen im Westen, sowie im Südosten Deutschlands unter Bezugnahme auf den Versailler Vertrag. Notorische Widerständigkeit Deutschlands erabi einen casus belli (Kriegsgrund). In Rußland sind nach Art. 8 freundschaftliche Beziehungen anzubahnen. Ein Ueberfall Rußlands auf Rumänien erfordert dessen Unterstützung mit Kriegsmaterial. Nach Art. 10 werden die Bestrebungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft von beiden Vertragsparteien bekämpft.

Die neuen Geheimabmachungen bestehen neben der bereits erwähnten Deklaration aus einem Geheimprotokoll vom 25. November 1923, das mit dem Beitritt Südtirols zu dem Vertrag auf eine Verbindung mit Polen und Rumänien rechnet. Nach diesem Protokoll werden die Bestimmungen vom 8. November 1922 außer Kraft gesetzt, weil die bezüglichen Defensivverträge eine andere Regelung vorsehen. Beneš sichert außerdem in dem Geheimprotokoll die Unterstützung der von der französischen Militärrevision in Praa vorgelegten neuen Wehrvorlagen vom 11. Dezember 1923 an, wozu Poincaré einen unbegrenzten französischen Kredit für den Ausbau der Wehrmacht zuweist.

Für den Fall eines unautorisierten Angriffs auf Südtirolen oder die Tschecho-Slowakei sollen nach einem weiteren Aktenstück Südtirolen und die Tschecho-Slowakei mit ihrer gesamten Kriegsmacht einander beistehen. Frankreich aber ist zu wohlwollender Neutralität verpflichtet. Für den Fall eines deutschen Angriffs auf eine der Vertragsparteien sollen die beiden anderen den Angegriffenen mit voller Kriegsmacht beistehen. Der Vertrag soll bei zweifelhafter Kündigungsfreiheit auf unbestimmte Zeit geschlossen werden. Ein weiteres Geheimprotokoll auf der Brader Konferenz betrifft die Ablehnung dieses

neuen Vertrages durch Antschitich. Das letzte Aktenstück betrifft die Wehrvorlage der französischen Militärrevision vom 11. Dezember 1923, die den Bau von 2184 Kilometer neuen Eisenbahnen vorsieht und den Neubau von 18 und den Umbau von 4 Kasernen für die Tschecho-Slowakei.

### Paris und die Sachverständigen.

A. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gemeldet:

Ueber die Beratungen der Sachverständigen wissen die französischen Blätter in letzter Zeit wieder mancherlei zu melden. Das politische Interesse an den Senatsdebatten ist geschwunden und so müssen denn die Sachverständigenberatungen wieder herhalten. Anlaß genug zu Kombinationen und Vermutungen geben sie ja jederzeit. Festzustellen bleibt aber, daß die nationalpolitische Presse Frankreichs immer noch befreit ist, auf die Sachverständigen in ihrem Sinn einzuwirken. Im ganzen ist nach dem harten Diktum Beneš, der besonders in allen offiziellen Neußerungen von französischer Seite betont wurde, eine Stimmung zu erkennen, die zwar nicht pessimistisch genannt werden kann, aber doch weniger hoffnungsvoll ist. In den Ansichten selbst scheint man über diese Auffassung sehr betroffen zu sein.

Man befreit nicht, daß gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber man erklärt, diese Differenzen seien rein sachlicher Natur und hätten keine ernste Bedeutung. Die wiederholten Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht seien der beste Beweis dafür, daß der Kontakt mit dem Vertreter Deutschlands erhalten bleibe und für die Beratungen von wesentlichem Nutzen gewesen sei. Wenn jetzt die französische Presse sich über die Verzögerung wundert, so liege der Grund für die angebliche Enttäuschung darin, daß durch Judisaktionen, die meistens nur zur Hälfte richtig seien, zu große Erwartungen erweckt wurden.

Neuerlich taucht dabei noch häufiger die Meldung auf, daß die französische Regierung sich verpflichtet habe, die Empfehlungen der Sachverständigen über die Reform der deutschen Finanzen und die Stabilisierung der deutschen Währung anzunehmen. Das soll, wie auch der Pariser Berichterkatter des „Daily Herald“ meldet, eine der Bedingungen sein, die Poincaré habe annehmen müssen, um die amerikanischen Kredite für die französische Stützungsaktion zu erhalten. Ob diese Meldung wirklich zutrifft, ist naturgemäß schwer festzustellen. Zunächst würden sich jedenfalls einmal die amerikanischen Kredite aus. Das englische Pfund begann gestern mit einem Kurs von 88 und sank im Laufe des Tages auf 87.7. Der Dollar schwankte bei den letzten Notierungen zwischen 17 und 22 Franken. Die Stützungsoperation soll noch weiter fortgesetzt werden, bis die Stabilisierung erreicht ist. Wo die Stabilisierungsgrenze liegt, wird im Augenblick noch nicht zu übersehen sein.

Englische Blätter sind der Ansicht, daß die Stabilisierungslinie bereits überschritten sei, und „Daily News“ glaubt zu wissen, daß die Linie sich um 90 Franc. herum für das Pfund steckeln beneue. Ebenso meint die „Times“ in ihrem letzten Leitartikel, daß die plötzliche Erhöhung des Frankens Zweifel an der Beständigkeit nahe legen. Auch den französischen Blättern ist bei der Frankenerhöhung offensichtlich nicht ganz wohl, denn sie machen ihre Leser darauf aufmerksam, daß es Rückschlüsse geben könne.

Paris, 18. März. Nach einer Savasmeldung aus Washington hat ein hoher Beamter des Schatzdepartements zu den Presseäußerungen erklärt, daß alles dazu angeht sei, eine praktische Lösung herbeizuführen, die für die Vereinigten Staaten und die übrigen Länder wünschenswert sei. Die Kredite, die jüngst Frankreich gewährt worden seien, würden einen günstigen Einfluß ausüben auf das Streben nach einer Lösung der Reparations- und Alliiertenjudentfrage.

Aber wie, wenn Frankreich als Dritter einer lateinischen Mittelmeerente mit anti-britischer Spitze betreten würde, wie es der „Daily Herald“ soeben bereits als Sensation gemeldet hat? Verschiedene Anzeichen können allerdings darauf hindeuten, daß Mussolini diese Möglichkeit ernsthaft in Betracht zieht. Ja, er soll bereits in Paris praktische Vorschläge in diesem Sinne gemacht haben. Und ist nicht auch seine überraschende Persönlichkeit Quasolawien gegenüber die Acht von dem Bunde distanziert gewesen, zunächst für eine größere Auseinandersetzung oder Option den Rücken frei zu haben? Man darf auch nicht vergessen, daß das lateinische „Zusammengediegenheitsgefühl“, trotz der unbestreitbaren nationalen und wirtschaftlichen Rivalitäten, in letzter Zeit in Frankreich wie in Italien und Spanien stärker geworden ist (regelmäßige lateinische Pressefrage), und daß besonders in dem überbevölkerten Italien der angelsächsische Weltimperialismus vor seinen Toren und in der Zone des alten „imperium Romanum“ heute schon vielfach als Usurpation empfunden wird.

Hier also sind Spannungen und Konfliktsmöglichkeiten vorhanden, die nicht übersehen werden dürfen, weil sie, vielleicht im Zusammenhang mit neuen Balkanproblemen, ganz neue internationale Konstellationen schaffen könnten. Und wenn die englische Politik Frankreich gegenüber auch heute noch unsicher und lauernd erscheint, so wohl eben deswegen, weil auch in London die verschiedenen neuen Möglichkeiten in Betracht gezogen werden.

### Alfred von Tirpitz.

Großadmiral von Tirpitz, der Organisator der Kaiserlichen Marine, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Am 19. März 1849 in Kitzingen a. D. als Sohn des Appellationsgerichtsrats, späteren Geheimen Justizrates Rudolf Tirpitz geboren, trat er im Alter von 16 Jahren am 24. April 1865 in die königlich preussische Marine ein.

Nachdem Tirpitz, als junger Offizier, das erste Ausbildungsjahrzeit in der Marine in den üblichen Stellungen im In- und Ausland durchlaufen und seine gleich hervorragende Veranlagung für den praktischen Dienst als Seeoffizier, wie für organisatorische und technische Verrichtungen von seinen Vorgesetzten erkannt war, wurde er im Jahre 1877 als Kapitänleutnant in die Torpedo-Versuchs- und Prüfungskommission versetzt.

Diese damals junge Waffe, der er seine Hauptarbeit im zweiten Jahrzehnt seiner Dienstzeit widmete, hat es seiner Organisations- und Arbeitskraft zu verdanken, daß sie die führende Rolle, die die Kaiserliche Marine in dieser Waffe unter den großen Seemächten der Welt befaß, bis zum Abschluß des Weltkrieges beibehalten hat. Im Jahre 1888 zum Kapitän zur See befördert, übernahm Tirpitz das Kommando S. M. S. „Preußen“ 1889 und S. M. S. „Wartemburg“ 1890.

Nach diesen Kommandos begann Tirpitz in den Stellungen als Chef des Stabes der Marinestation der Flotte 1890-92 und Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine 1892-95, sowie als Chef der Kreuzerdivision in Ostasien 1895-97 die Kriegsbereitschaft der Marine zu erhöhen und durch Umorganisation der Seestreitkräfte den taktischen Verbänden eine neue Grundlage und Richtung zu geben. Den weiteren Ausbau dieser Grundlage und die Durchführung seiner Pläne legte er als Staatssekretär des Reichsmarineamts vom Jahre 1897 ab durch. In den beiden großen Flottengefechten von 1898 und 1900 fanden sie ihre geistliche Festlegung. Damit hatte er der Kaiserlichen Marine das Fundament für eine gesunde Weiterentwicklung gegeben. Tirpitz führte die Kaiserliche Marine nicht nur nach Zahl der Einheiten an die zweite Stelle der Seemächte der Welt, sondern gab ihr durch die Kriegsbereitschaft, Organisation und Ausbildung des Personals und der Verbände in mancher Beziehung die führende erste Rolle.

Er gab ihr die überragende Kraft, die in den Siegen von Coronel und Skagerrak, den Kreuzerfahrten der „Karlshöhe“ und „Emden“ und den Erfolgen der U-Boote im Kriege gegen England, der größten übermächtigen Seemacht, zum Ausdruck kam.

Daß ihm die Führung der von ihm geschaffenen Flotte im Weltkriege von seinem Obersten Kriegsherrn nicht übertragen wurde und die U-Bootflotte die Hauptkraft und der Kern seiner Flottenrüstung, nicht zum Verzichtungstempel gegen den Feind voll eingesetzt wurden, ist sein größter Schmerz gewesen. Dauernd hat er darauf hingearbeitet und volles Einsehen der Flotte verlangt, aber die Widerstände dagegen nicht zu überwinden vermocht.

Der Flotte die Rolle des „Friedensinstrumentes“, des ungeschwächten Hebelarmes zum Durchdringen eines deutschen Friedens in Europa gegen England zuzuschreiben, konnte er nie als richtig anerkennen.

Tirpitz kannte England und die englische Politik, sowohl als Seeoffizier, wie als Staatsmann.

er kannte das Schicksal anderer defensiv verwal-

detter Flotten. Es stünde heute besser um das deutsche Volk, wenn Tirpitz rechtzeitig als Staatsmann auf den Posten getreten worden wäre, der seinen großen Kenntnissen, seiner Staatsmännischen Veranlagung, die Freiheit des politischen Handelns für das deutsche Volk gegeben hätte.

Daß die politische Leitung des deutschen Volkes Männern übertragen wurde, die sich auf den Gebrauch der von Tirpitz organisierten und geschaffenen deutschen Seemacht nicht verstanden, und trotz aller seiner Warnungen und Mahnungen diese fast ungenutzt absterben ließen, ist nicht seine Schuld.

Man soll die Großen des deutschen Volkes nach ihren schäferischen Taten beurteilen, auch wenn das Rad der Weltgeschichte diese vernichtet hat und über ihr gewaltiges Lebenswerk hinweggerollt ist.

In rastloser, erfolgreicher Arbeit hat Großadmiral von Tirpitz seinem Kaiser und seinem großen Vaterlande in 51 jähriger Dienstzeit als Seeflieger, Organistator und Schöpfer der Kaiserlichen Marine gedient.

Sein Oberster Kriegsherr anerkannte seine Verdienste mit den höchsten ihm zur Verfügung stehenden Ehrungen: der Würde des Großadmirals und Staatsministers, der schwarze Adlerorden mit Brillanten, der erbliche Adel, der Bourlemerie und das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse.

Das deutsche Volk hat ihn bei seiner Arbeit, begeistert für die Schaffung einer Kriegsmarine, verstanden und unterstützt — und wird ihn einst nach diesen Jahren der Erniedrigung wieder verstehen.

Ehre, wem Ehre gebührt!

### Um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

#### Frankreichs Verträge, den deutschen Einfluß zurückzubringen.

Berlin, 18. März. (Drahtber.) Zu der Meldung des Genfer Berichterstatters des „Echo de Paris“, die der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bisher entgegenstehenden Schwierigkeiten seien beseitigt und Frankreich werde Deutschland, wie es bei den Staaten von mittlerer Bedeutung geschah, auch zum Völkerbund zulassen, sobald die Reihe an Deutschland sei, aber in dieser Frage Deutschlands Anspruch auf den Rang einer Großmacht nicht anerkennen, bemerkt das „Berliner Tageblatt“:

In offiziellen Berliner Kreisen wird die Meldung von der Beseitigung der dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entgegenstehenden Schwierigkeiten als wenig glaubwürdig angesehen. Sie ist lediglich als ein Versuchsalon oder ein Vorläufer zu werten, die deutsche Regierung möchte die Punkte fallen lassen, die sie als Voraussetzung für ihren Eintritt bezeichnet hat. Von der Universalität des Völkerbundes ist in der Genfer Meldung keine Rede. Es muß festgestellt werden, daß der Völkerbund, der nicht alle Kulturstaaten aufnehmen will, ein Allianz darstellt, die sich angeht der mangelhaften und teilweise verfehlten Bundesverträge gegen die Nichtmitglieder richtet. Deren vollkommene Rechtmäßigkeit hat Deutschland so oft erfahren, um jemals den Völkerbund in seiner Politik gegen dritte unterstützen zu können. Nur an einem wirklich universalen Völkerbund hat Deutschland ein Interesse. Das Problem der Zulassungsbedingungen ist keine leere Formfrage. Aus der Genfer Meldung geht klar hervor, daß Deutschland ein Sitz im Räte verweigert werden soll, den es stets als hauptsächlichste Voraussetzung seines Eintritts in den Völkerbund bezeichnete. Dies ist umso befremdender, als Wilson auf der Friedenskonferenz vom 28. April 1919 unter Hinweis

auf Deutschland und Rußland die künftige Schaffung ständiger Räte für die dem Bunde noch fernstehenden Großmächte in Aussicht stellte. Ebenso wurde auf der Völkerbundversammlung 1922 nicht nur von Neutralen, insbesondere von Vertretern der Schweiz, sondern auch von Vertretern Englands und Frankreichs auf die neu zu schaffenden ständigen Räte für Deutschland und Rußland hingewiesen. In der Auffassung, daß Deutschland diesen Sitz nicht beanspruchen dürfe, sondern allenfalls gelegentlich als gewähltes Mitglied in den Rat gelangen könne, liegt die Absicht einer Degradierung, die jeder Erörterung eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ein Ende machen würde. Sollte Deutschland sich zum Anschluß an den Völkerbund entschließen, so müßte es auf der sofortigen Aufnahme im Räte bestehen.

### Schätzungen über Deutschlands Zukunft.

Paris, 17. März. Der „Newport Herald“ sagt über die Arbeiten der Sachverständigen, es beständen noch Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Einzelheiten, hauptsächlich über den Betrag der Mindestleistung im Jahre 1928, dem ersten Jahre, in dem nach Ansicht der Sachverständigen Deutschland seine normale Produktionsfähigkeit wieder erlangt haben werde. Die französischen Delegierten beständen, wie verlautet, auf einer Mindestleistung von drei Milliarden Goldmark, während die englischen Delegierten für einen weit geringeren Betrag eintraten. Einige Meinungsverschiedenheiten gebe es auch in Verbindung mit den Leistungen der deutschen Industrie zu den Reparationszahlungen. Man habe berechnet, daß die deutsche Industrie an der Wertentwertung einen Gewinn von 10 Milliarden Goldmark erzielt habe. Man glaube, daß innerhalb der nächsten Tage eine Entscheidung über diese Frage zustande kommen werde, und daß diese sehr wahrscheinlich auf der Grundlage einer Reihe von Industriehypothesen, die mit 5 Prozent verzinst würden, getroffen werde, und auf einen langen Zeitpunkt ausgedehnt bleiben sollen.

### Ablehnung deutscher Schadenersatzansprüche in Amerika.

Washington, 18. März. (Durch Funkpruch.) Der Gerichtshof verwarf 28 von Schiffbrüchigen eingetragene Ansprüche auf Entschädigung von annähernd dreihundert Millionen Dollar als Ausgleich für die von den Vereinigten Staaten während des Krieges vorgenommenen Beschlagnahmen von in deutschem, österreichischem und neutralem Besitz befindlichen Fracht- und Passagierdampfern.

### Der Wiederaufbau in Frankreich.

Paris, 18. März. (Drahtber.) Das Nationalkomitee für soziale und politische Studien hielt gestern Abend eine Sitzung ab, in der der Minister für die befreiten Gebiete Erklärungen über den Wiederaufbau abgab. Die Prüfungskommission für die Kriegsschäden sei mit drei Millionen Franken im Betrage von 140 Milliarden den Franken befaßt worden. Augenblicklich seien noch 80 000 Fälle im Betrage von 17 bis 18 Milliarden zu prüfen. Der Gesamtbetrag des Privatpersonen anerkannten Schadensbetrages könne mit 82 Milliarden Franken angegeben werden, von denen 54 Milliarden bereits gezahlt seien. Es wären also noch 28 Milliarden zu zahlen übrig. 1170 Klagen mit übertriebene n Schadenersatzansprüchen seien eingegangen, von denen 300 Fälle bereits behandelt und Dekreturgen einereitert seien. Die finanziellen Schäden, also die Zerstörungen von Wegen, Kanälen, Eisenbahnlinien, Telefon- und Telegraphenleitungen usw. beließen sich auf

etwa 18 Milliarden Franken. Diese Schäden seien fast völlig beseitigt.

Ueber den Stand der Wiederaufbaufrage am 1. Januar 1924 gab der Minister folgende Zahlen bekannt:

Von 3 306 350 Hektar verwüstetem Boden seien 2 915 000 Hektar wieder in Stand gesetzt worden. Davon seien 1 800 000 Hektar bebauter Boden (vor dem Kriege 1 223 000 Hektar), 55 000 Hektar, die zu sehr mitgenommen worden seien, würden für Jahre unbrauchbar bleiben. Von 741 663 Gebäuden, die verwüstet wurden, seien 598 000 bereits wieder aufgebaut. Die Bevölkerungszahl sei von 4 690 180 auf 2 075 067 im Jahre 1918 zurückgegangen und betrage heute wieder 4 210 000.

Sobald verbreitete sich der Minister über die an Deutschland gestellten Forderungen, vor allem über die Sachlieferungen. Nach den amtlichen Veröffentlichungen der Reparationskommission habe Frankreich bis zum 31. Dezember 1923 von Deutschland insgesamt 1 804 172 000 Goldmark erhalten, von denen für Belohnungen, Vorschüsse und die Währungsgarantie 1 614 414 000 Goldmark abgingen, so daß also die Summe, die für Reparationen verwendet worden sei, sich nur auf ungefähr 190 Millionen Goldmark belaufe.

Es ist ein plumper Schwindel, zu behaupten, daß Deutschland sich jetzt nur 190 Millionen Goldmark an Reparationen bezahlt habe. Die niedrigste Schätzung über die Höhe der bisherigen deutschen Leistungen von amerikanischen Stellen spricht von 25 Milliarden Goldmark; nach vorläufiger Schätzung von amtlicher deutscher Seite von Frankreich über für rund 50 Milliarden Goldmark Werte an die ehemaligen Feinde ausgeliefert.

### Die Leiden der Gefangenen.

Allgemein verfehlt der Deutsche, der keine Bezeugung kennt, daß in den Gefängnissen der Franzosen noch Tausende von unglücklichen deutschen Volksgenossen schmachten, deren einzelne Schuld darin besteht, dem Vaterland die Treue zu halten. Täglich werden neue Opfer in die Zellen der französischen Militärgefängnisse gesteckt. Ganz willkürlich erfolgen meist die Verhaftungen oft unter irgendeinem nichtigen Vorwand. Der Weltschmerz ist um Lagen nie verlegen, das ist uralt, welche Art. Wochen und oft monatelang sitzen die Gefangenen im Glend, völlig im Ungewissen über ihr Schicksal. Die Voruntersuchung, soweit man beim Verfahren der französischen Militärgerichte überhaupt davon sprechen kann, wird absichtlich lang hinausgezögert. Manchmal erfolgt statt Verurteilung plötzliche Entlassung und Ausweisung, ohne Angabe irgendwelcher Gründe. Der Deutsche in den befreiten Gebieten ist für den Franzosen ein faßlos. Ein Fall welcher Willkür wurde uns auch gestern wieder von zwei Herren berichtet, die geradewegs aus dem französischen Gefängnis kamen. Sie teilten uns u. a. folgendes mit:

Am 6. März wurden sie in Bad Dürkheim, als sie mit dem Juge anfahren, von französischen Gendarmen verhaftet, gefesselt und in das Gerichtsgefängnis Dürkheim geschleppt, angeblich wegen Passvergehens. Am folgenden Tage, den 7. März, wurden sie von sechs französischen Gendarmen wieder wie Verbrecher abgeführt nach dem Militärgefängnis Landau abgeführt. Sie wurden dort in eine Zelle, die sonst für einen Gefangenen bestimmt ist, zusammen mit acht Mitgefangenen eingeworfen. Die Behandlung bestand aus Schlägen, das Essen war meist ungenießbar. Der sich beschweren wollte, bekam Eisenabzug auf drei Tage. Die Zelle mimmelte von Ungeziefer. Besonderen durch das rote Kreuz in Landau werden abgewiesen mit der Begründung, hier wären die Franzosen die Herren, sonst niemand. Dem roten Kreuz Landau gebührt aufrichtiger Dank für seine Liebes tätigkeit. Mehrmals in der Woche wurden den Gefangenen ein Paket

überhandt mit Brot, Butter, Wurst, Käse, Tafelzucker, Schokolade, Zigarren und Zigaretten. Auch wurden für die politischen Gefangenen 100 Zentner Kohlen geliefert zur Heizung der Zellen, aber die Kohlen gerieten in die französischen Hände und wurden dort verbrannt. Am 13. März abends wurden die beiden Herren ohne Angabe von Gründen wieder entlassen. Verhandlung vor dem Militärgericht hat nicht stattgefunden. Sie wurden nun unter Eskorte von vier französischen Gendarmen gefesselt über die Grenze gebracht und dürfen nicht mehr nach ihrer Heimat zurückkehren. Die Entlassungspapiere, die sie im Militärgefängnis zu Landau erhielten, wurden ihnen abgenommen. Die beiden Herren sahen während ihrer Fahrt die Not ihrer Volksgenossen, von denen viele schon monatelang schmachten und viele noch lange mit dem Tag der Freiheit warten müssen. Sie bitten die Öffentlichkeit, die Gefangenen, auch jetzt, wo alles nur von Wahlen spricht, nicht zu vergessen und wo es irgendmöglich ist, durch die Tat zu helfen. Gleichzeitig ermahnen sie alle, die nach dem befreiten Gebiet, besonders nach der Pfalz reisen wollen, sich vorzulesen und die notwendigen Papiere und Pässe mitzunehmen.

### Die dänische Gewaltpolitik in Schleswig-Holstein.

#### Was die Dänen nicht hören wollen.

Die dänischen Zeitungen fahren fort, mit „Verfolgungen der Dänen in Südschleswig“ zu berichten. Es ist schon ein schlechtes Zeichen, daß diese Zeitungsberichte zumeist derartig aufgebaut sind, daß sie nach der Darstellung des wahren Sachverhaltes von deutscher Seite in sich selbst zusammenfallen. Geschichtlich begründet sind aber die Verfolgungen, die die Dänen in den Jahren nach der Schleswig-Holsteiner Erhebung gegen die Schleswig-Holsteiner erlebten und mit größter Schärfe durchzuführen. Diese Erinnerungen sind den Dänen unangenehm, schrieb doch „Nensborg Avis“, als kürzlich in der deutschen Presse an diese Zeit erinnert wurde, man solle nicht so weit zurückgehen und lieber bei der Zeit nach 1864 verweilen. Die Dänen fangen bei ihren Betrachtungen immer erst nach 1864 an. Wir legen Wert darauf, auch die Zeit der dänischen Herrschaft, die Jahre von 1851 bis 1864 mit heranzuziehen.

Deutschgefünnte tüchtige Prediger und Lehrer, denen man in einer oder der anderen Weise nicht bekommen konnte, wurden auf das sorgfältigste überwacht und bereits angestellten dänischen Beamten, oder wenn es daran noch fehlte, durch die für die dänischen Zwecke vortrefflich organisierte Gendarmerei, deren Stimmungsrapporte darüber besonders zu berichten hatten, ob die Beileitung eines deutschgefünnten Beamten die erwünschte Wirkung hervorzurufen geeignet sei. So heißt es im Rapport der 3. Gendarmereibteilung vom 10. Januar 1853 aus Appenzel: „Die Verabreichung des Brotpfens und Hauptpredigers zu Tondern, Alsmann, scheint den Beamten, namentlich den Predigern, welche von ihrer jetzigen Bestimmung und früheren eifrigen Wirksamkeit in aufrührerischer Richtung Beweise gegeben haben, großen Schrecken eingelegt zu haben.“ Premierleutnant C. A. Hansen äußert sich in einem am 3. März 1854 erstatteten Bericht über die politische Stimmung im dänischen Weid. Er meint, der Pastor Peters zu Gøttorf sei der schlimmste und gefährlichste. Die Regierung würde durch seine Amtseinführung einen dauerhaften Schaden erleiden.

Rechnliche Berichte liegen aus allen Offiziersdistrikten der einzelnen Gendarmereibteilungen Schleswigs seit dem Jahre 1851 vor. Man sieht die Gründe, weshalb das Eiderdänentum es so ungünstig vermerkt, auf die Zeit vor 1864 zu sprechen zu kommen. Da die dänische Schleswigpolitik dieser Zeit doch so viel Verwandtes mit der Politik, die man jetzt nördlich der Grenze zwar treibt, aber nicht gerne bloßgestellt sieht.

### Das alte Mädchen.

Stizze von Paul Richard Senel.

„Und wollen wir auch Claudia bitten?“ fragte Horst Wille, als er mit dem Ausschreiben der Einladungen für die bevorstehende Tauffestlichkeit beschäftigt war.

„Gewiß“, sagte die junge Frau, „sie gehört doch fast zu uns.“

„Zu uns schon. Aber sie ist nicht für frühliche Gesellschaft. Ich habe selten gesehen, daß sie einmal so ausgelassen und lustig sein kann wie andere Mädchen.“

Frau Maria lächelte fein. „Aber Horst, mit dreißig Jahren noch ausgelassen sein?“

„Ja, sie ist alt geworden.“ Horst Wille sah nachdenklich über die Platte des Schreibstiftes hinweg. „Man hat es kaum bemerkt. Manchmal sieht sie noch so jung aus. Und man versteht nicht, daß kein Mann... ja doch, man kann es verstehen. Anfangs, als ich sie kennen lernte, sah ich in ihr das Mädchen, das einmal einen Gesessung antreten würde.“

— und verlobtest dich in sie,“ meinte die Frau.

„Es war nicht nur ein Verloben. Es war ein zühes Suchen nach dem Weg in eine Seele, die wie mit Mauern umschlossen war, aber viel Schönes zu bergen schienen, ein Verben und Mähen, eine Flamme zu wecken, die dieses Wesen auftritten, ihr das Leben erst lebenswert machen sollte. Es gelang mir nicht. Und so, denke ich, wird jeder wieder vor ihr umkehren, der ihre Seele suchte und nicht durch die starre Oberfläche drang. Ein merkwürdiges Geschöpf ohne Herz und ohne Sinne. Einmal ja...“

Er stockte, und die Frau fragte mit klarem Blick: „Was denn, Horst?“

„Als ich nach langen Jahren wieder einmal hierher zurückkam, fühlte ich etwas wie einen Funken, der zu mir übersprang. Und dann später noch einmal — kurz bevor ich dich holte — ein paar Worte, die mich irre machten.“

Die Frau schrieb die Adresse auf den Umschlag. „Ich habe viel ihretwegen versucht. Aber

man muß sie wohl ihren Weg gehen lassen. Gewonnen hat sie nichts durch den Verzicht auf eine sorglose Jugend. Sie konnte heute Mutter sein wie ich.“

Eine Weile war es still im Zimmer. Dann sprachen die Beiden über andere Dinge.

Viele hatten sich zu dem ersten Tauffest im Hause Horst Willes eingefunden. Und nachdem man von der feierlichen Handlung in der Kirche, die mandem etwas lange währte, zurückgekommen war und sich zu Tisch setzte, lebte eine Unterhaltung auf, die deutlich zeigte, wie lange sich die Gäste nicht gesehen hatten. Claudia sah still neben ihrer Freundin, der jungen Mutter. Sie war heimlich hier als die Meisten, — was sollte sie viel sprechen? Wer sie in diesem Kreis kannte, schätzte ihre Klugheit und ihr freundliches Wesen, aber heute wollte jeder lustig sein; und wer ein paar Worte mit dem ersten Mädchen gesprochen hatte, wandte sich bald wieder ab zu den Anderen, die leichter denken konnten. Horst Wille versuchte es mit einem Scherz:

„Wird meine Freundin nun nicht bald Hochzeit feiern?“

„Du weißt doch, daß ich nie heirate.“

„Gewiß, so lange nicht, bis der Rechte kommt, Claudia.“

„Er wird nicht kommen, Horst.“

Er hatte eine Ernüchterung auf den Lippen, aber er wollte Claudia heute fröhlich sehen. Er hob sein Glas zu ihr auf. Und sah zum ersten Male die kleinen Fältchen an den Augen und in den Winkeln des unerschlossenen Mundes.

Unausführlich ging das Sprechen und Lachen über den Tisch. Jeder hatte etwas Neues zu erzählen, und die Gelegenheit, an einem gemeinsamen Ort wieder einmal zusammen zu sein, ließ immer neue Fragen und Erinnerungen aufstehen; so daß niemand merkte, wie die Zeit verstrich. Ein junges Mädchen hatte sich an den Flügel gesetzt und spielte heitere Tänze.

Und niemand sprach mehr von dem Kinde, um dessen Willen sie gekommen waren.

„Claudia scheint gegangen zu sein,“ sagte erkannt die junge Frau, die von dem lauten Treiben leicht ermüdet war.

„Ich würde es,“ sagte Horst, daß die Gesellschaft ihr nicht Freude macht. Was macht unser Sub? Schläft er?“

„Ich werde zu ihm gehen. Man wird mich ja kaum vermissen.“

Sie ging durch den langen Korridor nach dem abgelegenen Schlafzimmer. Hier war es still und kühl, Heimat und Geborgenheit. Als sie an das Lager des Kindes treten wollte, blieb sie betroffen stehen.

Vor dem Betende, in dem sanft der Knabe schlief, kniete Claudia und weinte, den blonden Kopf tief in das Kissen vergraben.

### Die Marneschlacht.

Im wohlbesetzten Eintrachtsaal sprach Major a. D. Dr. Paul Schmittknepper aus Heidelberg, ein früherer Generalsstabsoffizier, der sich seit le mit der Kriegsgeschichte beschäftigt hat und solchermachen berufen war, über die Marneschlacht als den Wendepunkt des Weltkrieges. Wenn es auch immer unsere Bundes neu aufreißt, von diesem tragischen Ereignis zu hören, war andererseits die vom Redner gegebene klare, von hitzigem Pathos und freier Kritik getragene Darstellung in ihrer erschöpfenden Authentizität sehr willkommen. Ledhafter Beifall dankte dem Vortragenden für seine starke und fundige Darlegung. Dr. Schmittknepper führte etwa dieses aus:

Schliefens Plan zielte dahin, in einem Zweifrontenkrieg zunächst die westlichen Gegner mit rascher Vernichtung zu treffen. Ein Anmarsch gegen die starke französische Diogenen hätte dies Ziel nicht erreicht. Die deutschen Hauptkräfte mußten vielmehr jenseits von ihr im Innern Frankreichs in Wirksamkeit treten. Dies war nur durch den Durchbruch durch Belain möglich. Der Schliefensche Plan wollte daher den linken deutschen Heeresarm (Diebenhofen-Schweiz) zur vorläufigen Defensive zahn schwach bemessen, die Masse des Heeres als rechten Heeresarm in einer gewaltigen Schwentung nach Südwest um den Dreipunkt Diebenhofen durch Belain und Frankreich beiderseits Paris vorzuführen und durch sich stets steigenden Druck von Westen her alle Feindkräfte in eine gewaltige Umfassungslataktrophe ver-

wideln. Hierzu war für den Anfang größte Schnelligkeit vorzuziehen, um die Västider Engen zu überwinden. Demnach kam es darauf an, den Anmarschplan voll voranzuführen und vor allem eine gewaltige Kraftquelle am rechten Rheinfluss bereit zu halten. Schliefens Nachfolger, General v. Moltke, hielt an diesem Plane fest, freilich mit einer wesentlichen Änderung: Die seit 1912 vorliegende Wahrscheinlichkeit eines frühzeitigen feindlichen Anmarschs nach Elsaß-Vosbergen hinein hatte Moltke in der Hoffnung auf einen Vernichtungsplan in den Reichsländern veranlaßt, den linken Heeresarm auf Kosten des rechten zu verstärken. Nach dem erregenen lothringischen Sieg gedachte er die freiverwendbaren Kräfte dem rechten Heeresflügel nachzuführen. Der Plan war hierdurch wesentlich kompliziert geworden. Das Verhältnis des rechten zum linken Heeresarm war nicht mehr etwa 7 zu 1 wie bei Schliefens, sondern nur noch etwa 4 zu 1.

Im August 1914 rollte diese Operation planmäßig ab. Nach raschem Fall Västidens und schnellem Besiegen der belaischen Armee konnte die gewaltige Schwentung beinahe. Sie mußte, da auch der Feind zwischen Schwiz und Sambre zum Anmarsch schritt, im letzten Augenblicke auf einer ungenügenden Bewegungsfläche zwischen Belgien und der Schweiz Grenz führen, bei welcher das französische Heer im Norden durch zwei deutsche Armeebreiten übertraut wurde. Da jedoch die deutsche D.S.L. auf eigentliche Führer veränderte, blieb diese künftige Lage ungenutzt. Die Bewegungsfläche endete daher mit fünf ruhmvollen Siegen der deutschen Front, aber mit keiner vernichtenden Niederlage des Feindes. Schon nach wenigen Tagen konnte er sich wieder erheben. Ende August kam es so zu einer zweiten Schlachtenreihe, etwa in der Linie Amiens. Et. Nentlin-Maas, die wieder manuels trafen Einmarsch der D.S.L. „ordinäre“ deutsche Sine seitete, ohne die ererbte Feindernichtung zu bringen. In des ichen bald der verfolgenden deutschen Front der Rückzug der Feinde in vanitäre Flucht auszuarten. Sie verfrüchte die Führung in diesen Fronten. Auch die D.S.L. alauste, daß die große Entscheidung im Westen gefallen sei. In drei Maßnahmen kommt dies zum Ausdruck: Sie bestell die 6. und 7. Arme, statt sie

Reichsrat und Beamtenbefoldung.

6. Berlin, 18. März. (Eig. Drahtber.) Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag mit dem Bericht der betreffenden Ausschüsse über die Beamtenbefoldung. Der Berichterstatter führte aus, daß die Reichsregierung im Reichsrat neue Vorschläge gemacht habe, die von den früheren Vorschlägen, die bereits mit den Ländern gemeinsam vereinbart worden waren, ganz erheblich abweichen. Es handelt sich darum, daß die Grundgehälter der Beamten um 13 Prozent erhöht werden sollen, während der frühere Vorschlag der Regierung nur 10 Prozent vorsah. Ferner sollen nach dem neuen Vorschlag die Ortszuschüsse erhöht werden auf 80 Prozent von 1/4 der früheren Wohnungsgelder, die im Frieden bezahlt wurden. Endlich sollen die sozialen Beihilfen ebenfalls erhöht werden und zwar die Kinderzulage auf 12, 15 und 17 Mark, also um 2 1/2 Mark pro Monat gleich 20 Prozent. Die Frauenzulage soll von 7 auf 8 Mark monatlich erhöht werden. Das ganze bedeutet eine erhebliche Belastung für die Länder. Die Vertreter der Länder waren bei der Eile, in der diese Vorschläge gemacht wurden, noch nicht in der Lage, mit ihren Regierungen in Verbindung zu treten. Bei der großen Bedeutung dieser Fragen, sowohl in finanzieller als auch in wirtschaftlicher und währungspolitischer Hinsicht, haben die Ausschüsse es für richtig gehalten, vorzutragen, die entscheidende Vollziehung noch um einige Tage zu verschieben. Die Vollversammlung schloß sich dem Vorschlag der Ausschüsse an und wird erst am Donnerstag nachmittag zur Erledigung der neuen Beamtengehälter wieder zusammen-treten.

fer Brandt zurückkehrte. Möbius hat aber, wie er heute befandete, das Geld für sich verwendet. Weiter hat Brandt nach Auszahlung des Möbius Dr. Zeigner und ihm selbst Mehl geschickt. Das für Dr. Zeigner bestimmte Mehl habe aber Möbius Frau Dr. Zeigner verkauft, weil er wußte, daß es Dr. Zeigner doch nicht annehmen würde. Schließlich sagt Möbius noch aus, daß Brandt Dr. Zeigner noch eine Weihnachtsausgabe überreicht habe, deren Annahme auch durch Dr. Zeigner verweigert wurde. Als Brandt sie trotzdem liegen ließ, hat Dr. Zeigner sie Möbius gegeben.

Der Volksscheid in Bayern.

6. München, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem in der gestrigen Sitzung des Bayerischen Landtags das Gesetz über das Volksscheidgefahren auf Änderung der Verfassung nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit gefunden hat, erläßt nunmehr das Ministerium des Innern eine Bekanntmachung, in welcher der Volksscheid auf den 6. April, also auf den Tag der Neuwahlen zum Landtag, angeordnet.

Badische Politik

Zur Erhöhung der Beamtengehälter.

Vor wenigen Tagen tagte hier die Arbeitsgemeinschaft der Beamten der unteren Besoldungsgruppen im Badischen Beamtenbund. Hierbei wurden die Besoldungsverhältnisse der unteren Beamten eingehend besprochen. Die Stimmung der unteren Beamten fand in nachstehendem Telegramm an den Deutschen Beamtenbund Ausdruck: „Sehaltsanhebung unter 3 Procent von untern Mitgliedern abgelehnt.“

Die Stellung der badischen Bahnen.

Ende des letzten Monats ist von der badischen Regierung der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, daß die Regierung nicht veräume, bei der Umorganisation der Reichsbahn die Interessen und die Rechte unseres Landes mit allem Nachdruck zu wahren. Die Regierung gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß Baden in der Verwaltung seiner Bahnen die gleichen Rechte eingeräumt erhalten, wie die übrigen Eisenbahnländer. In Erinnerung an diese Mittelungen hat es, wie man hört, in interessierten Kreisen stark befremdet, daß als Nachfolger für den zurückgetretenen Präsidenten Schulz vom Reichsverkehrsministerium sofort ein preussischer Beamter präsentiert worden ist. Bringt man dieses Vorgehen des Reichsverkehrsministeriums in Verbindung mit der Neuorganisation, so kann man sich der Befürchtung nicht erwehren, daß die oben genannten Hoffnungen der badischen Regierung sich doch nicht so verwirklicht haben, wie man sich dies in der Öffentlichkeit gedacht hat. Denn es ist kaum zu denken, daß sonst Berlin es unterlassen hätte, zunächst einmal in der badischen Eisenbahnbeamtenschaft Umfragen zu halten nach einem geeigneten Kandidaten. Der Eisenbahnverkehrsvertrag von 1920 enthält Baden das Recht, daß für den Präsidentenposten und wenn möglich auch für die Referentenstellen in erster Linie Badener in Betracht kommen müssen. Das Vorgehen Berlins bei der Auswahl von Kandidaten hat in der Beamtenchaft der badischen Bahnen Erstaunen erregt, läßt sich doch dieses Vorgehen so ansprechen, daß Berlin von vornherein annahm, in Baden sei eine geeignete Persönlichkeit nicht zu finden. Aber Baden hat sehr wohl Beamte, die fähig und würdig sind, an die Spitze der badischen Generaldirektion gestellt zu werden und die das Vertrauen der badischen Beamtenchaft besitzen und die einen Ruf als Eisenbahnfachleute haben. Es handelt sich hier nicht nur um Wünsche der Beamtenchaft, auch das Land Baden hat ein Interesse an der Frage, wer an der Spitze der badischen Eisenbahnen steht, ob es ein Mann ist, der Herz und

Sinn für die Verhältnisse unseres Landes hat und unsere heimische Art versteht. Das ist auch von wesentlicher Bedeutung für die Behandlung der Personalangelegenheiten. Trotzdem kürzlich von sogenannten wohlinformierter Seite erklärt wurde, daß die badische Regierung sich sofort gegen den Vorschlag des Reichsverkehrsministeriums wenden habe, so erhält sich doch die Behauptung weiter, daß die Kandidatur Berlings, Ministerialrat Sartre oder ein anderer Herr mit der Empfehlung von der gleichen Seite nach Karlsruhe kommen werde. Es erhält sich gleichzeitig die Behauptung, daß bei der Neuorganisation der Bahnen die badischen Rechte nicht aufgegeben seien. Hoffentlich wird der Öffentlichkeit bald Aufklärung gegeben über die jetzige Stellung der badischen Bahnen innerhalb der Neuorganisation der Reichsbahn, und hoffentlich erfüllen sich nicht die Befürchtungen, daß bei der Besetzung des Präsidentenpostens politische Einflüsse eine entscheidende Rolle spielen. Wir würden es als ein Unheil betrachten, wenn der kommende Präsident der badischen Bahnen mit dem Vorwurf belastet würde, daß ihn weniger Eigenliebe als Parteilichkeit auf seinen Posten gebracht habe. Es wäre bedauerlich, wenn durch eine unglückliche Entscheidung nach dieser Richtung die Besetzung des Präsidentenpostens auch noch zu Wahlwecken mißbraucht werden sollte.

Verschiedene Meldungen

Einspruchsrecht der Beamten.

6. Berlin, 18. März. (Drahtber.) Das Reichskabinett hat beschlossen, daß gegen die Entlassung aus dem Reichsdienste oder die Versetzung in den einwöchigen Ruhestand auf Grund der Personalabbauverordnung den Beamten grundsätzlich ein Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Dieser Einspruch soll, auch falls bereits durchgeführte Entlassungen gelten, soll aber nur Beamten und nicht Angestellten zugehen. Die näheren Einzelheiten werden durch die beteiligten Ressorts noch bestimmt werden.

Wiener Besuch des Kanzlers.

6. Berlin, 18. März. (Drahtber.) Reichskanzler Marx ist heute abend 9 Uhr in Begleitung des Chefs der Reichskanzlei, Staatssekretär Brandt, nach Wien abgereist. Außenminister Dr. Stresemann, der sich heute nachmittag nach Leipzig begab, wird dort den Wiener Zug begleiten. Die Rückreise nach Berlin erfolgt am Freitag nachmittag.

Annahme des französischen Finanzgesetzes.

6. Paris, 18. März. (Drahtber.) Der Senat hat nach Beendigung der Beratungen über die einzelnen Artikel des Finanzgesetzes das Gesetz in seiner Gesamtheit mit 151 gegen 23 Stimmen angenommen. Die demokratische Mitte, also die Mitglieder der radikalen Partei, haben sich der Abstimmung enthalten. Der Senat hat sich darauf am Donnerstag verlagert.

Die englische Regierung in unsicherer Lage.

6. Paris, 18. März. Der Londoner Korrespondent des „Journal“ behauptet, daß die Situation des englischen Kabinetts sehr kritisch sei und erst im Verlaufe der heutigen Sitzung sich einige Ueberraschungen ereignen könnten. Ramsay MacDonald beabsichtigt, die Vertrauensfrage zu stellen.

Die Auswanderung nach Amerika.

6. Paris, 18. März. Nach einer Savasmeldung aus Washington liegt dem Entwurf des Einwanderungsgesetzes, das dem Republikanenthaus unterbreitet ist, die Volkszählung von 1890 zugrunde. Die ausländischen Kontingente, die jährlich nach den Vereinigten Staaten zugelassen werden sollen,

werden zwei Prozent der Anwohner jeder Nation betragen, die bereits in den Vereinigten Staaten anwesend ist.

Der Zwischenfall beim Besuch der Oberammergauer beim Präsidenten der Vereinigten Staaten.

6. Newyork, 18. März. Nach Meldungen aus Washington lautet der Brief, den der Präsident Coolidge durch Vermittlung der deutschen Botschaft an Anton Lang sandte, wie folgt: Es ist in einem Teil der Presse berichtet worden, daß es zu einem Mißverständnis bei Ihrem Besuch am Samstag gekommen sei. Es war mir ein großes Vergnügen, wie ich es bereits gesagt habe, daß Sie und Ihre Begleiter zu mir ins Weiße Haus gekommen sind. Es war mir eine Freude, mit Ihnen allen einen Handdruck wechseln und Ihnen Erfolg zu Ihrem guten Werk wünschen zu können. Ich halte mir den guten Einfluß gegenwärtig, den Sie in aller Welt geübt haben. Es ist aber für den Präsidenten nicht angängig, öffentliche Adressen von Angehörigen einer anderen Nation anzunehmen, wenn sie Ihnen nicht durch die üblichen diplomatischen Kanäle zugehen. Aus diesem Grunde allein war es mir, nachdem ich mit Ihnen und Ihren Begleitern einen Handdruck gewechselt und die Worte des Herrn Einführer gehört und Sie bewillkommnet hatte, unmöglich, weitere Adressen anzunehmen.

Die amerikanischen Marine-Ausgaben.

Das diesjährige Stotensbudget der Vereinigten Staaten beläuft sich auf 27.942.867 Doll.; das sind vier und eine halbe Million weniger als angefordert worden war, und dreihundertachtzig Millionen weniger, als das Parlament im letzten Jahre bewilligt hatte. Von dem genannten Betrag sind 117.000.000 Doll. für Gehälter und Löhnungen von 6469 Offiziere und 86.000 Mannschaften und Unteroffiziere bestimmt. Außerdem zählt die Marine noch 1002 Offiziere und 19.500 Mann, die der Matrosen-Infanterie, Artillerie und sonstigen Marine-Einheiten angehören.

Bunte Chronik

Dreifache Hinrichtung. Nachdem der bairische Ministerialrat die gegen die Müllerburischen Josef Wiefenbacher, Wilhelm Sabinger und Hans Dantmann von Nürnberg am 8. November 1923 vom Volksgericht in Nürnberg ausgesprochenen Todesurteile wegen der Ermordung und Veranlassung des Mechanikers Christian Renner und des Kaufmanns Leonhard Vils von Nürnberg bestätigt hatte, wurden die drei Würder durch 30 Mann der Landespolizei in Nürnberg erschossen.

Der 30. Februar. Reisende, die Ende Februar 1924 von der pazifischen Küste Mexikos aus nach der Westküste Amerikas unterwegs gewesen sind, haben Gelegenheit gehabt, ihre Briefe „Auf hoher See, den 30. Februar 1924“ zu datieren, sofern sie nämlich am 29. Februar die Datumlinie, den 180. Längengrad, mit östlichem Kurs passiert haben. Auf dieser Linie wird bekanntlich bei östlichem Kurs, also der Sonne entgegen, ein Tag hinzugefügt, der bei einer Fahrt um die Welt gewonnen wäre. Anstatt nun wie sonst den Einwahntag mit 30 b oder 31 b oder ähnlich zu bezeichnen, wurde der gewonnene Februartag mit dem 30. Februar bezeichnet.

Unterricht im Tierschutz. In den Volksschulen des Staates Oregon in Nordamerika werden die Schüler jeden Tag eine Viertelstunde über die freundliche und sadenverträgliche Behandlung von Tieren unterwiesen. Dieser Unterricht ist auf Betreiben der Tierschutzgesellschaft des genannten Staates eingeführt worden, die auch eine Patrouille unterhält, welche die großen Viehherden beaufsichtigt, die auf den Weidgründen Oregons fast ohne Aufsicht grasen, und Sorge trägt, daß diese in andere Gegenden überführt werden, wenn ihnen das Futter auszugehen droht.

Planmäßigkeit dem rechten Flügel nachzuführen, in der französischen Festungsbesetzung. Auch ihre letzte Reserve, die Ersatzdivisionen, hatte sie dort eingelegt. Sie gab ferner zwei durch den Fall Namurs verfügbare Armeekorps schon jetzt nach dem Osten ab, und sie belieh schließlich die Westfront in unaufrichtiger Verfolgung, in der Absicht, in Schließenschem Sinn den weidenden Feind vor Wehen her nach Süden in die Arme der durchbrechenden lothringischen Front zu treiben. Um die Aquinwende reifte bei der D.S.R. die Erkenntnis heran, daß hiermit nicht mehr zu rechnen sei. Der Angriff in Vorhinaus lag vor den Festungen fest. Die 2. bis 5. Armee hatten allmählich die Front nach Süden genommen. Beliebt man die rechte Flügelmee Armee im Marsch auf die Seine westlich Paris, so wußte der rechte Heeresarm aus Mangel an Kräften herzutreten. Der rechte Heeresarm war zu kurz geworden. Es fehlten die an falscher Stelle in Vorhinaus belassenen und nach dem Osten abgezogenen Reserven. Man war daher genötigt, die rechte Paris vorzubereiten, sobald sich die Festung, außerhalb der Umfassung verbleibend, drohend in der rechten deutschen Heeresflanke aufbaute. Der Schließenschem Plan war unausführbar geworden. Am 4. 9. leitete ihn die D.S.R. beiseite und leitete den Entschluß zu einer völlig neuen Operation. Der rechte Flügel, bisher Träger des operativen Gedankens, sollte anhalten und als Flankenschutz nach Westen rittlings der Marine gegen Paris durchbrechen. Die Mitte und der linke Flügel durchbrechen. Aus der Umfassungsoption Schließenschem war ein Durchbruch angedacht. Dieser Befehl der D.S.R. kam unter der Gewalt des Frontaufschubs nicht mehr zur Durchführung. Hier war die rechte Flügelmee Armee in gewaltigem Marschschwung bereits an Paris vorbeigekommen und hatte zum Flankenschutz nur das Korps Gronau nördlich der Marine zurückgelassen. Für den 6. 9. war von ihr und von der linken Nachbarmee Bülow die befohlene Flankenschwungbewegung gegen Paris vorgezogen. Doch am gleichen Tage leitete der feindliche Gegenangriff ein. Die Marneschlacht ist keineswegs die Falle, in die überläure feindliche Kräfte die blühen

Deutschen hineingelegt hat. Jene darf vielmehr als recht unglücklich bezeichnet werden. Ihr eigener Angriff war abgewehrt. Das Heer in unaufhörlichem Rückzug. Erst Anfang September gelang es, die Gros wieder in die Hand der Führung zu bringen. Sie wurden ermahnt, aufgestrichelt, zwei neue Armeen trüb der deutschen Angriffe aus der lothringischen Front heraus gebildet, von denen die eine (Foch) in der Frontmitte, die andere (Manour) bei Paris zum Einsatz kam. Als Kluck östlich Paris sich vorstellte und so das deutsche Heer zwischen Paris und Verdun einschloß stand, entschloß man sich zum Gegenangriff, in dessen Rahmen sich Foch und Gallieni teilten. Der Hauptstoß in der Front sollte etwa bei Montmirail geführt, der deutsche Rückzug von Verdun her umfaßt, der deutsche Rückzug von Paris aus in Klank und Klank gepackt werden.

Die Initiative des Generals Gronau, der nördlich der Marine zurückgelassen, am 5. 9. in fühnem Vorstoß auf Paris die Arme Manour entdeckte, legte den besten feindlichen Trupps vorzeitig auf. Schon hierdurch war für eine entscheidende deutsche Rückzug der Hauptstoß beschworen. Die Armeelitung Klucks erbebt sich in diesem Augenblick zu bewundernswürdiger Höhe. Er machte Reitt, führte seine Arme in gemächlichen Märschen nach Norden zurück, warf sich Manour's Klankanariff entgegen, und zielte dahin, seinerzeit dem Geuer die Nordflanke abzugewinnen, ihn im Rücken zu fassen. So entspann sich ein ates Stück nordwärts der fribraen deutschen Front die westwärts der 1. Arme am Durca der Front auf Paris. Die Zeit von 6.-9. 9. sind die eigentlichen Tage der Marneschlacht, die sich nun zwischen Paris und Verdun entwickelte. Der Klankanariff aus Verdun heraus wurde müheles abgewehrt. Die Dikäfte der Schlachtfront erkrankte bald in unfruchtbareren Kämpfen. Die Entscheidung lag auf ihrer Besthälfte. Auch hier ermann der feindliche Hauptstoß bei Montmirail anfangs nur wenig Boden. Durch den Nordabmarsch der Arme Kluck war jedoch eine etwa 35 Kilometer breite Lücke entstanden, zwischen Klucks Westfront am Durca und Bülow's Südfront bei Montmirail, nur von dünner Kavallerie ausgefüllt, jedoch sich den davorstehenden Engländern und Franzosen

die Marneschlacht eines tiefen Vorstoßes in den Rücken Klucks und in die Klank Bülow's bot. Sie wurde indes nur kaum ausgenutzt. Die inneren deutschen Flügel konnten sich gefahrlos zurückziehen, und noch am 9. 9. war keine bedrohliche taktische Einwirkung in der Lücke zu verzeichnen. Um diese Zeit aber waren an zwei anderen Stellen der Schlacht zwei durchschlagende deutsche Siege erlitten: am Durca hatte Kluck Manour in Klank und Klank gefaßt und geworfen, und in der Frontmitte war Foch geschlagen und der Weg in den Rücken des Feindes bei Montmirail freigeworden. Der Gesamtsieg war zum Greifen nah, wenn man am Willen zum Siege festhielt. In diesem Augenblick geschah das Marnewunder.

Ein tragisches Verhängnis entriß dem deutschen Heere den Sieg. Bülow sah in dem fühnem Verfahren seines rechten Nachbarklucks eine große Gefahr und war in unbedingtem Pessimismus von schweren Sorgen für ihn und seine eigene Arme erfüllt. Schon am 8. war er wohl innerlich zum Rückzug entschlossen. Die D.S.R., weitab in Luxemburg, hatte in der Absicht, die Krie durch Aus-harren zu überwinden, den Oberstleutnant Sentic zu den Armeen des rechten Klank geschickt und ihm für den Fall vorübergehenden Ausweichens auch Weisungen mitgegeben. Sentic war eine pessimistische Natur. Als er mit Bülow zusammentraf, schürzte das Schicksal den Knoten. Er schloß sich Bülow's pessimistischer Auffassung an und gab seine Zustimmung zum Rückzugsbefehl, der am 9. für die Arme Bülow erteilt wurde. Der Rückzug der übrigen Armeen war nur die natürliche Folge. In einem Augenblick, in dem der harte Wille zum Sieg und das Aushalten um wenige Stunden die entgültige Entscheidung dem deutschen Heere zugeworfen hätte, rief man diese, in tragischer Verirrung befangen, von sich und brach die Schlacht gegen den Protest der unteren Führung ohne Not ab. Der Rückzug führte zur Klank, die Front zum Stellungskrieg erstarrte. Dies ist das wahre Marnewunder.

Abgesehen von der mangelhaften Rüstung des Heeres und der Nichtausnutzung der Volkskräfte, wovon ein großer Teil der Schuld das Gesamtvolk trifft, hat die Verantwortung für den Fehlschlag der oberste Führer, der Generaloberst v. Moltke, zu tragen. Moltke, ein Mann von hoher geistiger und sittlicher Kultur, besaß durchaus das Rüstzeug eines trefflichen Heeresführers. Was ihm fehlte, war das fundierte Geschmeide des militärischen Genies. Was er an negativen Feldherrneigenschaften besaß, die harte Entwidlung der Gemütsseite, die Neigung zu pessimistischen Menschheitsidealen und zu pessimistischen Anwendungen, war ein echtes Erbtell seines Volkes. Mit Heer und Heimat überschätzte er in gläubigem Optimismus die Anfangserfolge und die Führungsmöglichkeiten seiner Untergebenen, und im Endmoment wählte er zum Voten einen Mann, dessen pessimistischer Grundzug der anderen Seite seines Lebens wahrer Verwandt entgegenkam, mit dem er unbewußt das schwarze Verhängnis auf die Front sandte. Das Problem des Feldherrn wächte ins Niefenhafte hinaus zum Problem des Volkes.

Die Marneschlacht ist der Wendepunkt des Weltkrieges geworden, nicht in dem Sinn, als ob mit ihr der Krieg verloren gewesen sei. Wohl aber ist mit ihr die Möglichkeit, den Krieg durch den militärischen Sieg des Heeres allein zu beenden, geschwunden und die Entscheidung aus der Hand der rein militärischen Führung in die Seele des Volkes selbst gelegt worden. Ihn konnte nunmehr die schwere Prüfung auf Herz und Nieren, die Schließenschem Plan wohl hätte ersparen können, nicht mehr erspart werden. Den großen Schlachtenmeister, den das deutsche Volk in dem Grafen Schließenschem besaß, hat ihm ein böses Schicksal kurz vor Ausbruch des Weltkrieges entrißt. Sein Nachfolger, obwohl in seinem Geist erzogen, besaß bei bestem Willen in der Wirklichkeit zu gefalteten. Die Abwehr vom Schließenschem Geist hat die Marneschlacht und damit den Wendepunkt des Weltkrieges herbeigeführt. Die verlorene Schlacht steht an seinem Anfang als mahnendes Symbol für das gleiche tragische Verhängnis, dem das deutsche Volk an seinem Ende erlag.

### Förderung der Landeskultur.

Von der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns mitgeteilt:

Das in Nummer 9 des Gesetzes und Verordnungsblattes über die Förderung der Landeskultur vom 26. Februar 1924 veröffentlichte Gesetz vom 22. Februar 1924 verfolgt ähnliche Ziele wie die Verordnung der Reichsregierung über die Vereinfachung der Genossenschaftsbildung und die Förderung der Bodenerziehung vom 13. Februar 1924. Es ist wie jene bestrbt, die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben und unserm Volk Nahrung und Arbeit zu geben.

Die Bestimmungen in Artikel 1, Ziffer II, IV, IX-XV wollen das Verfahren zur Bildung von Wassergenossenschaften vereinfachen und beschleunigen und den staatlichen Behörden den der Bedeutung der Landeskultur entsprechenden Einfluß auf die Bildung von Wassergenossenschaften einräumen. Zu diesem Zwecke ist durch Artikel 2 des Gesetzes auch das Gesetz vom 31. Juli 1919, bezw. vom 16. Dezember 1921 über die Durchführung von Kulturverbesserungen aufgehoben und in die Bestimmungen des Wassergesetzes hineingearbeitet.

Artikel 1, Ziffer VI regelt die Aufsicht über die Genossenschaften neu und gibt namentlich durch die Bestimmung, daß die Verwaltungsbehörde die Einrichtungen des Vorstandes nach Anhörung der Genossenschaftsversammlung einer staatlichen Behörde oder der Verwaltungsbehörde einer Gemeinde übertragen kann, wenn es der Vorstand trotz Anforderung der Verwaltungsbehörde unterläßt, für die ordnungsmäßige Ausführung, Erleichterung, Abänderung, Erhaltung und Wiederherstellung der gemeinsamen Anlagen Sorge zu tragen, den staatlichen Behörden die Machtmittel in die Hand, um die Geschäftsführung

der Genossenschaft so zu gestalten, wie es die Interessen der Landeskultur verlangen.

Die Ziffer XVI mit den neuen §§ 89, 89a-g enthält die Bestimmungen über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften.

Die Bodenverbesserungsgenossenschaften haben nach § 89 des Gesetzes die Aufgabe, Moor-, Seibe- und ähnliche Ländereien in Acker, Weide und Wald umzuwandeln unter gleichzeitiger Herstellung der erforderlichen Wege, sowie der Entwässerungsanlagen (§ 88, Absatz 1 und 2 B.G.). Die „ähnlichen Ländereien“ werden in § 89, Absatz 2 näher bestimmt als Grundstücke, die ohne planmäßige, landwirtschaftliche Nutzung im wesentlichen sich selbst überlassen sind und deren Ertrag erheblich hinter dem zurückbleibt, welchen sie nach ihrer Bodenbeschaffenheit und Lage bei richtiger Bewirtschaftung bringen könnten. Nach den Bestimmungen des Wassergesetzes konnten die Wassergenossenschaften Bodenverbesserungen nicht übernehmen. Denn die Wassergenossenschaften haben nach § 58 B.G. lediglich die gemeinsamen Anlagen für die Bewässerung und Entwässerung der Grundstücke herzustellen und zu erhalten. Die gemeinschaftliche Durchführung von Bodenverbesserungen (Folgeeinrichtungen) als Genossenschaftszweck, ist dem Wassergesetz nicht bekannt. Einzelne Grundstücksbesitzer können Bodenverbesserungen in der Regel nicht durchführen, da es ihnen an den für diesen Zweck notwendigen Kraftgeräten fehlt.

Diese Lücken füllen die obengenannten Bestimmungen aus. Neben der Durchführung der Folgeeinrichtungen auf genossenschaftlichem Wege, sehen sie auch die gemeinschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung des verbesserten Geländes durch die Genossenschaft vor. Das Verfahren zur Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften ist dadurch erheblich erleichtert, daß § 89 g für Wassergenossenschaften die Möglichkeit vorzieht, den Genossenschaftszweck auf die Durchführung der Folgeeinrichtungen einschließlich der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung und Nutzung des Geländes auszudehnen. Es ist zu hoffen, daß recht zahlreiche Wassergenossenschaften von dieser Vergünstigung Gebrauch machen, da erst durch die Durchführung der Folgeeinrichtungen die bisher im Rahmen des Wassergesetzes geleistete Arbeit den vollen Wert erhält.

Mit dem preussischen Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften vom 5. Mai 1920, bezw. mit der Vorgängerin dieses Gesetzes, mit der Verordnung vom 7. November 1914, deren Bestimmungen als Vorbild benutzt wurden, sind ausgezeichnete Erfahrungen gemacht worden. In kurzer Zeit sind große Geländebereiche durch Bodenverbesserungsgenossenschaften kultiviert worden. Es wird hoffentlich gelingen, mit Hilfe des Gesetzes vom 22. Februar 1924 das auch in Baden vorhandene Dehland zu kultivieren und den Bienenbau in ganz Baden zu verbessern. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche Badens, die im Jahre 1923 insgesamt 808 375 ha betrug, entfallen auf das Ackerland 527 512 ha, auf Wiesen 227 385 ha, auf Weiden 53 461 ha.

Die Erträge des Ackerlandes sind bekanntlich seit Kriegsbeginn außerordentlich stark zurückgegangen. Bis die Erträge des Ackerlandes wieder auf die Friedenshöhe gebracht sind, wird es langjähriger, zäher Arbeit bedürfen. Viel rascher können die Erträge der Wiesen durch Ent- und Bewässerungen die Durchführung der Folgeeinrichtungen und gute Pflege gesteigert werden. „Willsit Du Korn bauen, so idosse Wiesen“, heißt eine alte Bauernregel. Ueber die Bedeutung einer raschen Steigerung der

Erträge von 227 900 ha Wiesen und 34 000 ha Weide für die badische Volkswirtschaft, bedarf es keiner näheren Ausführungen. Hier muß mit aller Kraft der Bedarf zur Sicherung der Volksernährung angeleitet werden.

Zielversprechende Anfänge sind gemacht. In den Jahren 1919-1923 wurden Kulturverbesserungen auf 8535 ha durchgeführt. 12 426 ha sind gegenwärtig Ent- und Bewässerungsarbeiten im Gange, für 10 496 ha sind Entwürfe fertiggestellt. Bis auf das Donaueck sind all die großen Kulturverbesserungen über welche teilweise die ersten Pläne vor länger wie hundert Jahren aufgestellt wurden, in Angriff genommen worden: Die Entwässerung der Weichselniederung (1175 ha), der Kehr- und Landgrabengebiete (756 ha), des Bruchgeländes auf den Gemarkungen Döberhauens-Aheinhauens, Alt- und Neulübbach (637 ha), sowie auf den Gemarkungen Brühlhofs-Forst und Ubstadt (151 ha), des Wasenweides-Rieds (1465 ha), die Renchverbesserung und Malwaldkultur (1000 ha), die Bewässerung des Karlsruher Kanalwassers auf den Gemarkungen Egenstein, Welsch- und Teufelsneureut, Wöllingen und Leopoldshafen (417 ha) und der Hochwasserhoch auf den Gemarkungen Untereckheim, Hochstetten und Vieboldsheim (1920 ha).

Durch die Bereitstellung eines Admittivkreditfrids in Höhe von 2 Millionen Goldmark, aus welchen die Träger von Kulturverbesserungen Beihilfen, Darlehen und Prämien erhalten, können die zum Teil im Sommer 1923 begonnenen Arbeiten nun auch weiter und zu Ende geführt werden. Die Landeskulturarbeiten bieten gleichzeitig die Möglichkeit, zahlreiche Gewerkschaften dringend zu beschäftigen und zur allmählichen Befundung unserer gelamten Volkswirtschaft beizutragen.



**Pranckuch & Co.**  
Feinste  
holländische  
und Allgäuer  
Süßrahm-  
Tafel-  
Butter  
1/2 Pfund  
**60** Pf.  
Pranckuch & Co.

**Billigste Bezugsquelle**  
für  
Konfirmanden-Wäsche  
Damen-Wäsche  
Herren-Wäsche  
Trikot-Wäsche etc.  
Strumpfwaren  
Strickwesten, Damen u. Herrn  
Ueberblusen u. Jacken  
Handschuhe  
Schürzen etc.  
Erstaunlich preiswert sind zum Beispiel  
Anzug- u. Kostümstoffe, 150 cm breit, solide Ware 5.80 u. **4.60**  
Besichtigung sehr lohnend!  
**Emil Scherer** Nelkenstr. 33  
(Gutenbergsplatz).  
Tel. 3330

**Küchen-Einrichtungen**  
darunter  
hochfeine Herrschaftsküchen  
auch  
Einzel-Küchenschränke  
garantiert trockene Holzware  
liefert sehr vorteilhaft frei ins Haus  
**Möbelhaus Schaeffer**  
Durlach, Hauptstraße 81.

Machen Sie beim Einkauf von  
**Dauerwäsche**  
keinen Fehlgriff. Sie bekommen solche in der  
vollkommensten Ausführung  
neben allen anderen Herren-Artikeln  
nur bei **Andr. Weinig jr.**  
Kaiserstrasse Nr. 40

**Passbilder**  
werden sofort geliefert.  
Photogr. Atelier  
**Rembrandt**  
Karl-Friedrichstraße 32.  
Tel. 2331.

In unserer  
**Reparaturabteilung**  
werden  
Aufzüge und Elektromotoren  
schnell, solid und preiswert repariert  
Hebezeug- u. Motorenfabrik A.-G.  
Karlsruhe-Bulach  
Drantanschr. Lift, Karlsruhe-Baden. Fernsprecher 354

**Sieger**  
im Kampfe  
gegen Husten, Heiserkeit  
und Verschleimung sind  
**Thymodrosin-  
Bonbons**  
Erbhältlich in allen Apotheken und  
Drogerien - Hauptniederlage: Inter-  
nationale Apotheke, Kaiserstraße 80.

Kaufen Sie  
in bester Ausführung  
zu billigen Preisen  
in  
**Kaufmanns Etagegeschäft**  
für  
Offenbacher Lederwaren  
**Steinstraße 6**  
2. Stock.

**Verlag C. S. Müller, Karlsruhe i. B.**  
Ritterstraße 1. Telefon 297  
Bei uns sind folgende Veröffentlichungen  
des Statistischen Landesamts über die letzten  
**Wahlen in Baden**  
erschienen:  
Die Wahlen zum Reichstag am 6. 6. 1920  
in Baden, 88 Seiten mit einer Karte.  
Goldmark 1.-  
Die Wahlen zum Badischen Landtag  
am 30. 10. 1921, 197 Seiten mit einer  
Karte Goldmark 1.50.  
Frauenwahlen. Ueber die Deutschen  
Nationalparlamentarierwahlen in Baden,  
die Wahl des Gemeindevorstandes,  
die Kreisparlamentarierwahlen und das  
Frauenwahlrecht. Goldmark 1.-  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
und von uns.

**Shürmer-  
Pianinos**  
Außergewöhnlich  
gute, leichte und  
preiswerte Pia-  
ninos mittlerer  
Preiskategorie  
empfiehlt der Alleinverreter  
**Ludwig Schweisgut**  
4 Erbprinzenstraße 4

Röndellplatz  
Ecke Erbprinzen u. Karl-Friedrichstraße.  
**RADISCHER  
BAUBUND**  
Hervorragend  
sind Form u. Güte der  
Baubund-Möbel.  
Achtung! Auf Teilzahlung.  
Damen- und Herren-Fahrräder mit Jahresgarantie,  
sowie Röhren, Pedale, Ketten, Mantel, Schläuche usw.  
kaufen Sie taunen billig. Reparaturen aller Art werden  
gut und billig ausgeführt.  
**Fahrrad-Kunzmann, Zähringerstr. 46. Tel. 1142.**

**Strickmaschinen**  
erstklassiges, deutsches Fabrikat, neueste Modelle, in  
allen Breiten und Gattungen, für häuslichen Erwerb  
empfiehlt  
**Karl Ehrfeld, Karlsruhe,**  
Erbprinzenstraße 1 und Zähringerstraße 74.  
Telefon 102.

**B**adische Kleiderzentrale  
Zirkel 30 Karlsruhe Tel. 4120  
Billigste Bezugsquelle  
für gediegene  
**Herrn-Bekleidung**  
neu und getragen  
**Hosen**  
in großer Auswahl. Reparaturwerkstätte

**Emaillierte  
Kohlenherde  
Gasherde**  
**Kombinierte Herde**  
In Ausführung und Fabrikat  
zu außerordentlich billigen  
Preisen.  
**Ph. Nagel, Eisen-  
waren**  
Kaiserstr. 55

**Nigrin**  
- Extra -  
Schuhputz mit Garantie-  
Staniolblatt geht allen  
voran und schützt Ihre  
Schuhe vor Zerströrung.

Staatsrat Schulz

Der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe hat, wie bereits mitgeteilt wurde, die Leitung der Dienstgeschäfte abgegeben, um sich seinem wiederholten Wunsche entsprechend in den wohlverdienten Ruhestand zurückzuziehen.

In den letzten Jahrzehnten ist wohl keine größere verkehrspolitische oder eisenbahngeschichtliche Frage an der Deutschen Reichsbahn, ohne die einflussreiche Mitarbeit von Staatsrat Schulz gefehlt worden. Er wirkte hierbei besonders im Sinne einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens nach der Absicht und dem Bestreben Bismarcks. Dazu hatte er zunächst Gelegenheit als Mitglied des deutschen Eisenbahnverkehrsverbandes. Von den größeren, die deutsche Volkswirtschaft unmittelbar berührenden Ergebnissen seines Schaffens sei hier nur erinnert an die Neuorganisation der Leitung des Güterverkehrs im innerdeutschen Verkehr, die den gegenseitigen Wettbewerb der deutschen Bahnen in erträgliche Grenzen zurückbrachte. Diese Vereinbarungen brachte die deutschen Eisenbahnen einen kräftigen Schritt in der Vereinheitlichung und wirtschaftlichen Betriebsführung vorwärts. In gleichem Sinne wirkte er auch für eine Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Staatsbahnen, Bestrebungen, die sich an dem Uebergang der Main-Neckar-Eisenbahn in die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen unter Wahrung der badischen Belange angeschlossen hatten und an denen Staatsrat Schulz neben dem späteren preussischen Staatsminister Hoff hervorragend mitgewirkt hat.

Vom Gebiet des Personentarifwesens möge hier nur die Personentarifreform vom Jahre 1907 erwähnt sein, die die Vereinheitlichung der Fahrpreise der deutschen Staatsbahnen brachte.

Mit großem Nachdruck nahm sich Staatsrat Schulz der badischen Kleinbahnen an und trug wesentlich dazu bei, daß sie zu der Bedeutung gelangten, die sie jetzt nicht nur in Baden und im ganzen deutschen Reich, sondern darüber hinaus im Auslande erreicht haben.

Wenige berechtigten Wünsche auf Anstufung an den großen Verkehr wurden von ihm unterstützt und vertreten. Eine große Zahl neuer Nebenbahnen wurde unter seiner tatkräftigen Förderung vom Staat gebaut und betrieben oder der Bau privater Nebenbahnen mit Staatshilfe ermöglicht. Wo dies bei den beschränkten Mitteln des Staates nicht möglich war, vertrat Staatsrat Schulz den Gedanken der Einrichtung staatlicher Kraftwagenlinien. Unter seiner weitsichtigen und tatkräftigen Förderung wurden zahlreiche Kraftwagenverbindungen für den öffentlichen Personen- und Güterverkehr eingerichtet und vom badischen Staat betrieben.

Staatsrat Schulz war eine außergewöhnlich hervorragende Arbeitskraft, der an sich selbst die größten Anforderungen stellte. Wenn er in dieser Hinsicht auch bei seinen Untergebenen einen strengen Maßstab anlegte, so erkannte er bei seinem offenen und laueren Charakter und bei seiner unbedingten Gerechtigkeit auch gute Leistungen willig an und hatte für seine Untergebenen ein gutes, mildes Herz.

Die Abschiedsworte, die Staatsrat Schulz am 15. März an die Mitglieder des Kollegiums der Reichsbahndirektion, sowie an die Vertreter der gesamten Beamten- und Arbeiterchaft des Direktionsbezirks richtete und deren Antworten beifügten diese Tatsachen. Die Ausführungen der verschiedenen Redner, anwesend in der hohen Anerkennung und Verehrung, die das gesamte Personal dem scheidenden Präsidenten nicht nur als Beamten und Vorgesetzten, sondern auch als Mensch entgegenbrachte. Jedem der seinen Rat und seine Hilfe in dienstlichen oder persönlichen Angelegenheiten wahrte, war er ein zielbewusster Berater mit klarem, treffendem Urteil, ein wahrer und wohlwollender Freund. Sichtlich gerührt über die von Herzen kommenden Worte der Dankbarkeit und Anerkennung, die die Vertreter des Kollegiums der Reichsbahndirektion und des gesamten Personals des Direktionsbezirks ihren scheidenden Präsidenten zollten, dankte Staatsrat Schulz und bat, das Personal möge auch seinem Nachfolger, den er ihm aus dem eigenen Reiche wünsche, mit gleicher Dinngebung und Pfihttreue zur Seite stehen, wie er es für seine Person habe seit Jahren dürfen.

Mit dem Wunsche, Staatsrat Schulz möge in geistiger und körperlicher Frische sich noch lange Jahre nach der arbeitsreichen, dienstlichen Laufbahn des wohlverdienten Ruhestandes erfreuen, drücken wir die Hoffnung und die Bitte aus, er möge seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen, denen die gesamte deutsche Volkswirtschaft und die unserer engeren badischen Heimat, denen die badischen und deutschen Eisenbahnen und die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens soviel zu verdanken haben, der Allgemeinheit und dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes auch fernerhin zur Verfügung stellen.

Aus Baden

Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine.

Mannheim, 18. März. Gestern ist hier die aus allen Gauen Deutschlands sehr stark besuchte 13. Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine eröffnet worden, zu der das Reichsministerium des Innern, die badische Regierung, der Schweizer Bundesverein, der Deutsch-evangelische Frauenbund und andere der Frauenbewegung nahestehende Organisationen Vertretungen entsandt hatten. Der katholische Frauenbund hatte der Tagung schriftlich seine Wünsche zum Ausdruck gebracht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der ersten Sitzung wurde eine Pfalzresolutionsangabe angenommen, in der den Pfälzer Frauen Dank gesagt wird, daß sie in aller Not und Bedrängung den deutschen Gedanken hoch gehalten haben. Die deutschen Frauen versprechen den Pfälzern, Treue zu wahren und alles zu tun, um das Schicksal derer zu lindern, die von Haus und Hof vertrieben wurden, weil sie dem Vaterland nicht untreu werden wollten.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des ersten Tages stand die Hausfrauenfrage, worüber Frau Dora Hansen-Hamburg sprach, die den Schwerpunkt ihrer Ausführungen auf das Moment der geistigen Selbstbehauptung der Hausfrau in der Gegenwart legte und betonte, die Arbeit im Haushalt, vielfach mißachtet und unterschätzt, dürfe niemals im Materielem untergehen. Eine lebhaft ausgeführte Diskussion über die Selbsthilfsorganisationen auf dem Lande (mit tatkräftiger Hilfe der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft) Interesselanden.

Das zweite Referat hatte Frau Oberregierungsrat Dr. Marie Baum vom badischen Arbeitsministerium übernommen, die sich über den staatlichen Schutz der Familie (Artikel 119 der Reichsverfassung) verbreitete und dabei besonders das Problem des Soziallohnes, der gesetzlichen Wochenfürsorge, des Kinderschutzes und der Jugendwohlfahrt behandelte. Hierbei wies die Rednerin darauf hin, daß das, was heute an Wochenfürsorge angebracht wird, völlig unzulänglich ist. Unter dem Beifall der Versammlung dankte die Rednerin den ausländischen Helfern, die sich liebevoll unserer Kinder angenommen haben.

In einer sich anschließenden Aussprache wurden namentlich die Wünsche und Forderungen laut, die die berufstätigen Frauen, zumal die Beamtinnen, an den Staat stellen.

Mannheim, 18. März. Im Mittelpunkt des heutigen zweiten Verhandlungstages stand das Thema: Die Frauen in den Parlamenten und als Wähler. Rednerinnen waren Frau Emma Cander aus Hamburg und Dr. Gertrud Baumeier aus Berlin. Die Ausführungen der beiden Rednerinnen deckten sich in großen Zügen. Von der ersten Rednerin wurde ausgeführt, daß sich bisher ein interfraktionelles Zusammengehen der Frauen fast immer als unmöglich erwiesen hat, weniger durch die mangelnde Uebereinstimmung der Frauen selbst, als durch den Einpruch irgend einer Fraktion. Man dürfe aber erwarten, daß die Frauen, wenn sie einen Platz im Parlament haben, sich allmählich durchsetzen. Es sei ein Umding, daß die Frauen in kurzen 5 Jahren schon eine politische Macht geworden sein sollen. Aufgabe der Frauenbewegungsvereine und der Partei-Frauenorganisation sei es, aus der Wählerinnenmasse durch Bildung und Erziehung allmählich ein Instrument zu machen, das ein der Zahl der Wählerinnen entsprechendes Gewicht hat. Zu befürchten sei, daß bei den bevorstehenden Wahlen die Frauen durch andere Interessengruppen zurückgedrängt werden. Die stärkste Waffe für den Kampf um die Parlamentssitze sei das Vorhandensein vieler politisch gebildeter und berufener Frauen.

Auch die zweite Rednerin, Frau Dr. Baumeier, wünschte etwas mehr Befreiung von der Fraktionsgebundenheit. Eine Lockerung des Parteischematismus sei dringend anzukämpfen. Die Deutschvölkische Freispartei stelle bewußt die Idee des Mannesstaates in den Vordergrund und lehne somit in logischer Folge jede weibliche Kandidatur ab. Demgegenüber müßten die Frauen härter und nachdrücklicher als bisher ein volleres Bild des Volkes hinstellen und sich für die Realisierung einsetzen. Ein Hineinwirken der Menschenpflege von mütterlicher Seite aus muß viel nachhaltiger erfolgen. Diese Forderung der menschlicheren Mitarbeit im Staate müsse immer wieder gestellt werden. Der Frau ist es gegeben, zum Aufbau der Volksgemeinschaft wesentlich beizutragen. Im Tone rein müssen die Frauen ihren politischen Frauentwillen herausarbeiten, daß er kein Element der Zerföhrung und des Kampfes, sondern ein Element der Verbindung und Zusammenführung ist.

Versammlung der badischen Gemeindevorstände.

Bühl, 18. März. Der Badische Gemeindevorstand hielt am letzten Sonntag hier seine 14. Generalversammlung ab, zu der am Samstagabend schon sehr viele Delegierte eingetroffen waren. Die Erledigung von Ständes- und Berufsfragen erfolgte in der Abendkonferenz. Am Sonntag vormittag 11 Uhr wurde die Hauptversammlung eröffnet, bei der der Vorsitzende gegen 300 Redner aus allen Teilen unseres Badenlandes und die Vertreter der Regierung, der Stadt Bühl, des Natidreibervereins und des Landgemeindevorstandes und Zentralverbandes der Gemeindebeamten Badens beäruhen konnte. Auch wohnten Landtagsabgeordneter Rödel und der Vorsitzende der Kürortkassette Direktor Grampp der Versammlung an. Der Verband umfaßt etwas über 1400 Mitglieder. Im vergangenen Jahr wurde eine ganze Anzahl Redner durch den Tod abgerufen, darunter das Ehrenmitglied Rechnungsrat Bundschuh. Zum ehrenden Andenken der heimgegangenen erhob sich die Versammlung von den Sitzen.

An seinem Tätigkeitsbericht hob der Vorstandsvorsitzende besonders die Ausbildung der Redner in der Führung des Hauptbundes hervor. Er betonte, daß die reifliche Ausbildung der Redner in der Hauptbündelführung

durch die Finanzschwierigkeiten der Gemeinden dringend geboten sei. Dem Redner ist die Rechnungsstellung vonnöten, wie dem Bauer der Pflug. Im übrigen referierte der Vorsitzende über die großen Ausgaben, die den Gemeinden infolge der Abwälzung der sozialen Wohlfahrtspflege, der Kosten der Schulbildung und Volkshochschulen entstehen werden, daß diesen Lasten nur geringe Einnahmen gegenüberstehen und auch durch die dritte Steuernotverordnung nicht geschaffen werden. Es wird auch in Zukunft die Aufgabe der Gemeinden sein, die Einnahmen aus Grundbesitzsteuer, Gewerbesteuer, indirekte Steuern und Gebühren, aus eigenen Betrieben und eigenem Grundbesitz holen zu müssen.

Sodann sprach händ. Oberstadtkassenbuchhalter Böhmer von Weinheim über die Gemeindevorstandsordnung und zeigte an Hand praktischer Beispiele, wie die einzelnen Buchungen in der Rechnung richtig durchzuführen sind. Der Vorsitzende der Kürortkassette für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte führte die Anwesenden in das neue Kürortgesetz ein. Dadurch, daß die Kürortkassette das Umlagebedarfsverfahren gewählt und das Prinzip der Aufspeicherung großer Reservefonds gebildet, ist auch eine große Erleichterung für die Gemeinden eingetreten. Direktor Weiler sprach über aktuelle Beamtenfragen, und auch seine Ausführungen fanden wie die beiden vorhergehenden Vorträge reichen Beifall.

Der Vorsitzende dankte der Regierung und dem Landtag für das durch das Kürortgesetz der Gemeindebeamtenchaft erwachte große Wohlwollen.

Forzheim, 18. März. Der Polizeibericht meldet von verschiedenen Waldbränden in den letzten Tagen, durch die bedeutender Schaden entstand. In einem Fall soll das Feuer durch die Fahrlässigkeit einiger Knaben entstanden sein. Die Brandfälle geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das Anzünden von Feuer, insbesondere aber das Rauchen im Walde, streng verboten ist. Aus Karlsruhe kommt die erfreuliche Mitteilung, daß man dort den Wünschen Forzheimers nach wassenden Schnellzugverbindungen im kommenden Sommerfahrplan sehr viel entgegenkommen gezeigt hat.

Entingen (Amt Forzheim), 18. März. Das vierjährige Söhnchen des Goldarbeiters Schwager wurde von einem Karlsruher Kraftwagen angefahren und zur Seite geschleudert. Das Kind erlitt einen doppelten Beinbruch und mußte alsbald in das Kinderkrankenhaus nach Forzheim gebracht werden.

Mannheim, 18. März. Beim Abbringen auf den noch in Fahrt befindlichen Personenzug Mannheim-Karlsruhe geriet der 14jährige Schloffer Wilhelm Lautenbach aus Sandtor unter die Räder, wurde überfahren und auf der Stelle erötet. Ein 16jähriger Dreherlehrling hat sich aus noch unbekannter Ursache auf dem Speicher der elterlichen Wohnung erhängt.

Seibelsberg, 18. März. Der Seismograph der Königshaus-Sternwarte registrierte am Samstag, den 15. März, vormittags, ein mittelstarkes Fernbeben, über dessen Herd sich allerdings nichts sagen läßt.

Kastatt, 18. März. Der Bürgerausschuß hat in seiner heutigen Sitzung der Aufnahme eines werthekändigen Obligationen-Anlehens in Höhe von 900 000 Goldmark durch Ausgabe von 6proz. Zinsen Schuldverbriefungen zum Zwecke der Finanzierung der Neubautätigkeit und der Aufwertung der alten Schuldverbriefungen vom Jahre 1908 bei Zeichnung des neuauftauchenden werthekändigen Obligationen-Anlehens einstimmig zugestimmt.

Kreisburg, 18. März. Der frühere Direktor des hiesigen Friedrichsanatoriums Dr. Rudolf Altmus ist nach schwerer Erkrankung gestorben.

Heitersheim, 18. März. Der in Heitersheim angestellte Kammerfegergehilfe Wilhelm Stoll war in Sulzburg mit dem Reittiere eines Schornsteines über Dach beschäftigt. Dabei verlor er das Gleichgewicht und fiel vom Dache. Bald darauf ist er im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Donaueshingen, 18. März. In der vergangenen Woche fand hier eine Versprechung statt, zu der sich die Staatsbehörden mit den Gemeindevorständen von Donaueshingen zusammengedungen hatten. Gegenstand der Versprechung war die Entwässerung und Ubararmung des Donaurieds. Der vorgelegte Entwurf behandelt zunächst das Gelände zwischen Donaueshingen und Pföhrren südlich der Donau, doch wird auch in diese Arbeit gleichzeitig auch das nördlich der Landstraße Donaueshingen-Pföhrren gelegene Land zur Kulturverbesserung einbezogen. Vom Staat sind Kredite und Beihilfen in Aussicht gestellt, so daß die Verwirklichung des Planes nunmehr erwartet werden kann.

Willingen, 18. März. Die Wiederherstellungsarbeiten am unteren Ausgange des Sommer-Tunnels gehen infolge der Kälte nur langsam vor sich. Allem Anschein nach werden die Arbeiten umsonst, als sie anfangs vorgezogen waren. Auch das Portal am Tunnel oberhalb der Station Nussbach muß erneuert werden. Die Ursache dieser Reparaturen liegt weit an der Verwitterung der Widerlager.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Verleihungen usw.

Ministerium des Innern und Unterrichts. Dem Privatdozenten Neckerungsbeamten Dr. Ing. Otto Gruber an der Technischen Hochschule Karlsruhe die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Hochschule.

Zunehmend auf Ansuchen: Direktor Ostas Spatz am Gymnasium in Vöhr.

An den einwilligen Aufstufung: Anton Amersbacher, Direktor der Kaufmännischen Lehranstalt, Professor Hans Bonte am Staatsschulamt hier, Oberrechnungsrat Wilhelm Schlicher in Freiburg.

Ministerium der Finanzen. An den einwilligen Aufstufung: Finanzoberinspektor Theodor Spengler bei der Staatsschuldenverwaltung und Oberkassier Hermann Ebert in Schwetzingen.

Die Pläne für die Karlsruher Herbstwoche.

Auf Einladung des Verkehrsvereins Karlsruhe fand gestern nachmittag in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern von Korporationen und Vereinen eine Besprechung der Vorbereitungen für die Karlsruher Herbstwoche statt. Die Versammlung wurde in Vertretung des ersten Vorsitzenden Stadtrat Steinle durch den stellvertretenden Vorsitzenden Stadtverordneten Lang begrüßt. Dieser legte die Bedeutung der Karlsruher Herbstwoche dar, die besonders unter dem Gesichtspunkt der Hebung des Fremdenverkehrs propagiert werden müsse. Die Veranstaltung soll der GeschäftsWelt Verdienstmöglichkeiten bringen und den Fremdenauftrieb heben. Auch in Berücksichtigung der von anderen Städten zu erwartenden Konkurrenz müsse man wieder zu einer Herbstwoche kommen.

Verkehrsleiter Kager betonte, daß nach wie vor der Verkehrsverein nur die Zusammenfassung der von den einzelnen Zweigen geplanten Veranstaltungen beabsichtige, daß diese aber die endgültige Gestaltung überlassen bleiben soll. Man müsse nun, da man schon Boden unter den Füßen habe, den lokalen Charakter der Veranstaltung abstreifen und die Verbindung mit Nachbarstädten suchen. Zunächst sei diese Verbindung mit den Verkehrsvereinen von Bruchsal und Durlach aufgenommen. Es sei zu wünschen, daß der Theaterkulturverband, der die ersten Anregungen zur Veranstaltung einer Herbstwoche gegeben habe, seine Mitwirkung nicht verjage. Das erfreuliche Wiederaufleben der Wirtschaft gestatte die Ansnahme der Situation. Der Fremdenverkehr in Karlsruhe lasse zu wünschen übrig, und man dürfe wohl annehmen, daß die Karlsruher Herbstwoche zur Hebung von Verkehr und Wirtschaft dienen könne. Der Redner betonte sodann das vorbildliche propagandistische Wirken der Schweiz, dem nachzueifern eine der ersten Aufgaben sei. Man habe die Anregung, die Herbstwoche in eine Frühjahrswoche umzuwandeln, verfolgt, es sprächen aber zu viele Momente für die Veranstaltung im Herbst. Namentlich müßte das für die Veranstaltungen vorzuziehender Art gelten. Dazu komme, daß Mannheim im Mai regelmäßige seine Veranstaltungen habe, somit eine Kollision unvermeidlich sei. Leider sei es nicht möglich, den einzelnen mitwirkenden Verbänden und Vereinen irgendwelche Zuschüsse zu gewähren, da die Finanzlage heute noch nicht sehr günstig sei. Immerhin könnte in Aussicht gestellt werden, daß für verschiedene Zwecke einige Preise vorgegeben werden können. Den künstlerischen Wünschen soll durch einen Plakatwettbewerb Rechnung getragen werden. Die Geschäftsstelle soll im Rathaus ihren Platz finden. Zur Einleitung der Herbstwoche ist ein Festakt in Aussicht genommen.

Die Veranstaltung soll sich in drei große Gruppen gliedern, und zwar: 1. Darbietungen aus dem Reiche von Kunst und Wissenschaft, 2. aus dem Gebiete der Wirtschaft und 3. aus dem Gebiete des Sports.

Der offizielle Zeitabschnitt für die Herbstwoche ist mit dem 21. September bis 28. September in Aussicht genommen. Gemischten als Einleitung soll im Ansat eine Schmückung von Fenstern und Balkonen stattfinden, die vom Gartenbauverein durchzuführen wird. Am 2. September ist eine landwirtschaftliche Maschinenausstellung zu veranstalten, die unter Leitung der Landwirtschaftskammer vor sich geht. Um diese Zeit findet hier der Deutsche Schützenkongress in Verbindung mit einem Landesfiskontent, die von der Schützenvereinschaft Karlsruhe vorbereitet werden. Ferner sind in Aussicht genommen eine aewerbliche Ausstellung der „Kola“, die vorwiegend Nahrungsmittel und Dinge des häuslichen Bedarfs berücksichtigen will. Die Technische Hochschule und die Landesvereine der technischen Vereine Badens planen eine technische Woche.

Die Sportwoche steht vor Meisterschaftsfahrten des Motorfahrervereins, Schwimmveranstaltungen usw.

Schließlich ist noch ein Schaufensterwettbewerb in Aussicht genommen. Ob ein Alemannisch-pfälzischer Sonntag durchzuführen werden kann, läßt sich heute noch nicht sagen. An künstlerischen Veranstaltungen ist die Aufführung des Oratoriums „Die vier Jahreszeiten“ durch den Bach-Verein und ein Evangel. Woche mit kirchlich-musikalischen Darbietungen beabsichtigt.

Namens des Landestheaters gab Herr Kienischer seine Zustimmung zur Mitwirkung. Dr. Oberlein von der Badischen Landesbank hatte keine Bedenken über die Beteiligung, ebenso wenig die Professoren Kische und Ule namens des Kunstvereins und der bildenden Künstler. Die Technische Hochschule teilte durch ihren Rektor Waldus mit, daß sie zu ihrem Teil mit technischen Veranstaltungen und Vorträgen mitwirken wolle. Direktor Fischer gab für den Viederkranz die Zusage, wie auch für einen befreundeten Leipziger Verein. Das Landesgewerbeamt will sich mit einer Ausstellung von Reproduktions- und Reproduktionsverfahren beteiligen. Die Handels- und die Handwerkskammer sagte durch Vertreter ebenfalls ihre Unterstützung zu. Die Landwirtschaftskammer ließ durch Veterinärarzt Vandersböcker mitteilen, daß eine Maschinenausstellung stattfindet. Namens des Einzelhandels erklärte Herr v. Sedendorf die Bereitwilligkeit zur Veranstaltung von Schaufensterschmückung, eventuell eines Wettbewerbs u. v. a. m. v. a. m. v. a. m.

Des Weiteren sagten ihre Zustimmung zu der Geflügelzuchtverein, Pfälzer Waldverein, Schwimmverein, Motorfahrerverein, Freizeitsportverein usw. Ueber die Art der Mitwirkung konnte noch kein fest umrissener Plan bekanntgegeben werden.

Eine Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus Oberbürgermeister Dr. Winter, Oberbauamt Villing, Rektor Waldus, Intendant Volkner, Kunstmaler Gichardi, Stadtrat Vercroz, Oberregierungsrat Alal, Deconomierat Dr. Müller und die Vertreter des Verkehrsvereins Karlsruhe, Vorsitzender Steinle, Lang, von der Stadt und Direktor Kager ist gebildet.

Mit dem Wunsche, daß die Herbstwoche gelingen möge, schloß der Leiter die Versammlung.





Wir veranstalten ab Mittwoch, den 19. März, einen

# Spezial-Verkauf preiswerter Kleiderstoffe.

Es handelt sich in der Hauptsache um Fabrikate elsässischer Herkunft, Qualitäten, die wir seit langen Jahren erprobt haben. Durch Eindeckung im günstigsten Augenblick sind wir in der Lage, Preise zu stellen, die ganz bedeutend unter den heutigen Tagesnotierungen liegen; unser Detailgeschäft wird von der eigenen leistungsfähigen Großhandlung beliefert, ein weiterer Umstand, der allerbilligste Preise gewährleistet, da wir alle Vorteile des Einkaufs vom Fabrikanten den Kunden unseres Hauses voll zugute kommen lassen.

Diagonal 85 cm breit, viele Farben Meter	Mk. 1.75
Cheviot, reine Wolle, 85 cm breit Meter	Mk. 2.40
Cheviot, r. Wolle, 105 cm br. viele Farb. Mtr.	Mk. 2.75
Crêpe marocaine mit Seidenstreifen, 100 cm breit	Mtr. Mk. 4.75
Seiden-Marocain 100 cm breit, bedruckt, Mtr.	7.50

Kleiderstoffe schwarz-weiß und braun-weiß kariert, 95 cm breit	Mtr. Mk. 2.90
Kleiderstoffe gestreift, 95 cm breit, Mtr.	Mk. 3.75
Garbardin 100 cm breit, reine Wolle Mtr.	Mk. 4.75
Popeline gestreift, 110 cm br., r. Wolle Mtr.	Mk. 5.50
Wollcrêpe, doppelbr., alle Farben Mtr.	Mk. 5.75

<b>Herren-Stoffe</b>	
Deutsche Hespuns 140 cm br., reine Wolle	7.50
Reinwoll. Cheviots 140 cm br., in schön. Ausm.	9.75
Reinwoll. Kammgarnstoffe 140 cm br.	Mk. 16.50
Covercoat reine Wolle, 140 cm breit Mtr.	Mk. 12.50
Reinwoll. Paletstoffe m. Abseite Mtr.	Mk. 12.50
Hosenstreifen rein Kammgarn, 140 cm breit	Mk. 16.50
Woll-Cord 140 cm breit	Mtr. Mk. 9.50
Manchester-Samt verschied. Farb. Mtr.	Mk. 4.80

Neue Modelle nach Ullstein-Schnittmustern in Papier nachgebildet z. Zt. im Schaufenster ausgestellt

## W. Boländer

Die Neuheiten in Damen-Konfektion sind in größter Auswahl eingetroffen.

**BERUFS-MÄNTEL**  
JEDER ART OFFERIERT:  
**H. WEINTRAUB**  
KRONENSTR. 52

**Anfertigung nach Maß**  
vornehmer Damen Costüme, Mäntel usw.  
**H. Westermann**  
Douglasstraße 10 II, nächst Hauptpost  
Schnelle Lieferung (auch bei Stoffzugabe)  
Mäßige Preise

Wir liefern in großen sowie kleineren Quantitäten franco mit unserem Lastwagen:  
**Baum-, Pyramiden- u. Rosenpfähle, fertige Einfriedigungen, Pfosten in Lärchen od. Eichenholz ausgeführt.**  
Geil. Anfragen erbeten an  
**Karl Seuffer, Komm. Ges.**  
Dampfsägewerk und Holzhandlung.  
Herrenalb (Wttbg.).

Empfehle meine  
**Reparaturwerkstätte**  
Spezialist für Schreib- und Büromaschinen mit langjähriger Praxis  
**Philipp Steiner, Feinmechaniker**  
Fennru 3255 Waldstraße 38 II

**Prima tür. Wurst- und Fleischwaren**  
versendet bei billigster Preisberechnung  
**Heinr. Döring, Schweineschlachterei**  
Mühlhausen i. Ta., Plortenstr. 11

BEI BEDARF VON  
**Versand Kartons**  
Lager u. Ladenkasten  
Überzogene Kartons  
u. s. w.  
VERLANGEN SIE UNVERBINDLICHES PREISANGEBOT  
**KARTONFABRIK**  
**C. Rodgens & Sohn**  
INHABER FRIEDRICH NEUER  
KARLSRUHE I. BADEN  
BISMARCKSTRASSE 49 FERNRUUF 3136, 3123

**Kohlen, Koks**  
**Briketts, Brennholz**  
liefert in bekannt bester Sorte bei billigster Berechnung  
**August Merkle, Kohlen- und Holzhandlg.**  
Büro: Kaiserpassage 29. Tel. 4789.  
Bestellungs-Annahme: Bahnhofstraße 1, Ecke Karlstraße, im Zigarrengeschäft. Tel. 4196.  
Hübschstr. 5, Privatwohnung. Tel. 3534.  
Kleinverkauf: Schützenstr. 71 im Hof.  
**Nur Qualitätsware.**

**Magnetzentrale Karlsruhe.**  
Inhaber: Hermann Schneider  
Sommerstraße 80 Telephone 4827  
**Geschäftseröffnung.**  
Einem in Karlsruhe schon lange bestehenden Bedürfnisse und wiederholten Anforderungen aus rachkreisen Richtung tragend, habe ich mich entschlossen, unter obiger Firma eine elek. ro-mechanisch Spezial-Reparaturwerkstätte für Magnetapparate aller Systeme, sowie für den Einbau und Reparatur von Auto-Licht- und Anlasseranlagen zu eröffnen.  
Durch meine 15-jährige Praxis, davon 10 Jahre als Werkmeister bei einer der größten Fabriken Deutschlands für den Bau von Magnetapparat, habe ich mir reiche Erfahrungen auf diesem Spezialgebiete erworben, so daß ich in der Lage bin, für die Lieferung nur einwandfreier fachmännischer Arbeit zu garantieren.  
Ich bitte nunmehr alle Herren Autobesitzer, Chauffeure und sonstigen Interessenten, die Fortentwicklung meines jungen Unternehmens durch Zuwendung Ihrer geschätzten Aufträge fördern zu wollen. Durch schnellste gewissenhafte Erledigung bei billigen Preisen werde ich stets bemüht sein, das Vertrauen der geehrten Kundschaft zu gewinnen. In dringenden Fällen wird von mir gerne leihweise Einbau von Ersatz-Magnetapparaten vorgenommen.  
**Magnetzentrale Karlsruhe**  
Inhaber: Hermann Schneider.

**LERNT SPRACHEN!**  
**METHODE RITTER**  
LEOPOLDSTR. 1 AM KAISERPLATZ  
ENGLISCH - FRANZÖSISCH  
ITALIENISCH - SPANISCH  
- PORTUGIESISCH -  
**RASCHER SICHERER ERFOLG**  
+ DAS GANZE JAHR GEÖFFNET +

**Städt. Fischhalle**  
Ettlingerstraße 4a, hinter dem Sterordbad  
Durch tägliche Anfahrten sind wir in der Lage frisch prima blutfrische Seefische wie Aal, Schellfische, Goldbarsch usw. zu verkaufen bringen.  
Differiere auch alle Sorten lebende Mühsfische wie Rheinard, Hecht, Schleien, Karpfen, Barbe, Forelle, an billigen Tagespreisen.  
Rheinbachfische per Pfund 30 Pfennig  
Frische Wagnaden wie Kollmops, Bismarckheringe und Brauheringe billigst.  
Kronfardinen lose, per Pfund 40 Pfennig.  
Sämtliche Sorten in- und ausländisches Geflügel, prima Aachhühner, Truthühner u. Gänse, sowie prima Bratgänse.  
Für Wiederverkäufer günstige Gelegenheiten zum Einkauf. Verkaufzeit täglich von 8-8 Uhr.

**Empfehlungen**  
Elegante u. einfache Kostüme, Mäntel, Jacketts werden tadellos und Garantie angefertigt.  
A. Weber, Bismarckstr. 22.  
**Befekte Schneiderin**  
empfehlenswert im Anfertigen von Damen- und Kinderarbeiten, besonders auf Mäntel, Kostüme u. Knabenanzüge auf einarbeiten.  
Frau Günther, Bismarckstr. 12, 2. St., Erlangerer Badmann übernimmt nach einst. Ansinnen Reparaturen, Anabote und Nr. 7924 ins Taublatzwerk erbet.  
**Umzüge**  
betragt am billigsten  
**Herr Schultis**  
Tel. 5532 Marktstraße 4

**Öffentl. Versammlung**  
Mittwoch, den 19. März 1924, abends 8 Uhr  
spricht im Saale des „Friedrichshofes“  
**Abgeordneter Dr. Hummel**  
über  
**„Ausland und Reichstagswahl“**  
Jedermann ist eingeladen. — Eintritt 50 Pfg.  
**Deutsche Demokratische Partei.**

**A. Hunsinger**  
Werkstätte für feine Herrenschneiderei und Sportbekleidung  
Karlsruferstraße 124, eine Treppe hoch  
zeigt den Eingang der Neuheiten für Frühjahr und Sommer an.

**Zur Aufklärung!**  
Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß sich mein seit  
**20 Jahren hier bestehendes Manufaktur- u. Weißwaren-Geschäft**  
(Spezialität: Wäsche und Ausstattungen) immer noch  
**Ettlingerstr. 27 part.** befindet und mit einer Neueröffnung einer ähnlich lautenden Firma nichts zu tun hat.  
**Jacob Wertheimer**  
Ettlingerstraße 27.  
**Kein Laden. Kein Laden.**

**Musik.** Ueberall in der Welt, wohin man auch kommen mag, kennt man die Flügel und Pianinos von **Bechstein, Blüthner, Gottrich-Steinweg**, sie sind als allererste Fabrikate bekannt und geschätzt, sie besitzen Weltruf wie keine anderen Klaviere. Diesen Weltruf haben sie sich erworben durch die Ueberlegenheit in Ton, Güte und Haltbarkeit; aus diesem Grunde werden sie in allerersten musikalischen Kreisen benützt und von den bedeutendsten Künstlern gespielt. Große Auswahl der Flügel und Pianinos dieser Weltfirmen bei dem Allein-Vertreter **Ludwig Schweisgut**, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4.

**BERUFS-KLEIDUNG**  
JEDER ART OFFERIERT:  
**H. WEINTRAUB**  
KRONENSTR. 52

**Möbel**  
Schlafzimmer Herrenzimmer  
Wohnzimmer Küchen- und  
Speisezimmer einzelne Möbel  
Liefen in gediegener Ausführung  
sehr preiswert  
**Karl Thome & Co.**  
Herrenstr. 23, gegenüber der Reichsbank.

**HOTELSONNE**  
Kreuzstraße 33  
Samstags und Sonntags Konzert  
Mittagstisch 80 Pfg.  
reichhaltige billige Abendkarte  
gute reine Weine  
Weinverkauf über die Straße

**Restaurant „Eintracht“**  
heute Schlachttag  
wozu einladet  
**Wilhelm Herlitz**

**„Zum Rheingold“**  
Waldhornstraße 22.  
Heute großes  
**Schlachttfest.**  
Anerkannt vorzügl. Weine.  
Gute Küche. — Schrempf Bier.

**Konzerthaus** Donnerstag 27. März, abends 8 Uhr  
**Das Ereignis für Karlsruhe!**  
Der Dichter von Bene Maji, Himmelsvolk, Indefinit  
**Waldemar Bonsels**  
kommt nur einmal nach Karlsruhe und liest aus eigenen Werken  
Karten von 5 — bis 150 Mk zuzügl. Steuer in der Bücherei Berggäß, Marktstr. 53, III und Musikhaus O. C. O. Kaiserstraße 175.

**Kaufm. Verein Karlsruhe.**  
Heute abend 8 1/2 Uhr  
**Rezitation**  
**Bruno Schoenfeld**  
im großen Rathaussaal.

Eintrachtsaal Heute 19. März 8 Uhr  
**„Die Toten leben!“**  
**Lichtbilder-Vortrag**  
des okkultistischen Forschers  
Kreisbaurat a. D. **Henrich** aus Dresden  
über **Okkultismus**  
Hypnotismus, Somnambulismus, Spiritismus  
über  
Tischrücken, Apparate, Hellmagnetismus, Heilsehen, Wahrträume, Weissagungen, Geisteserscheinungen u. Geistermaterialisationen (Verkörperungen), Okkultismus u. Christentum  
Karten bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.  
Mittwoch, den 19. März

**Landestheater**  
7 1/2 bis 11 Uhr Sa 1. 540  
Abon. D 17 Th-Gem B V B  
I Sondersgruppe  
**Der Zwerg**  
Hierauf  
**Der Ring des Polykrates**  
**Kammerspiele im Künstlerhaus**  
7 1/2 bis 9 1/2 Uhr  
Saal 4 450, 350, 250, 2  
**Der Wettlauf mit dem Schatten**